

INHALT:	Editorial	Seite 70
	GI Aktuell	Seite 70
	GI Leitsätze	Seite 72
	Honorarforderung des Rechtsanwalts	Seite 73
	Abtretungsverbot / Verschwiegenheitspflicht (BGH, Urt. v. 11.11.2004 - IX ZR 240/03)	
	Fristenkontrolle	Seite 75
	Faxschreiben / Ausgangskontrolle / Löschung im Fristenkalender (BGH, Beschl. v. 21.7.2004 - XII ZB 27/03)	
	Steuerberaterhaftung	Seite 78
	Kenntnis des Steuerrechts / Änderung des Steuergesetzes / Fachpresse (BGH, Urt. v. 15.7.2004 - IX ZR 472/00)	
	Fristenkontrolle	Seite 80
	Mündliche Anweisung / Konkretisierung / Fax an das Gericht (BGH, Beschl. v. 22.6.2004 - VI ZB 10/04)	
	Fristenkontrolle	Seite 81
	Telefaxnummer, Eingabefehler / Sendeprotokoll / Büroanweisung (BGH, Beschl. v. 22.6.2004 - VI ZB 14/04)	
	Honorarprozess	Seite 82
	Sozietätsklage / Erhöhungsgebühr / Gemischte Sozietät / Prozessfähigkeit der GbR (BGH, Beschl. v. 5.1.2004 - II ZB 22/02)	
	Honorar des Kontierers	Seite 84
	Nichtiger Vertrag / Zulässige Tätigkeiten / Erfüllungsgehilfe Steuerberater / Wertersatz des Mandanten (OLG Düsseldorf, Urt. v. 28.1.2005 - I-23 U 164/04)	
	Steuerberater als Anlagevermittler	Seite 87
	Anlageberatung / Verschweigen von Provisionen (OLG Düsseldorf, Urt. v. 18.1.2005 - I-23 U 174/04)	
	Insolvenzverwalter	Seite 90
	Zahlungszusage, Lieferungen / Persönliche Einstandspflicht / Auslegung der Anwaltserklärung (OLG Celle, Urt. v. 26.5.2004 - 3 U 287/03)	
	Steuerberaterhaftung	Seite 92
	Belehrungspflichten / Keine BFH-Rechtsprechung / Pflicht zur Einholung einer Auskunft des Finanzamts? / Schaden? (OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.1.2004 - 23 U 28/03)	
	Steuerberaterhaftung	Seite 98
	Belehrungspflicht über strafrechtliches Risiko? / Verschulden des Mandanten / Frist für Steuererklärung (LG München I, Urt. v. 18.5.2004 - 23 O 14802/03)	
	GI Hinweise	Seite 101



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Die **Abtretung von Honorarforderungen** ohne Zustimmung des Mandanten an einen Rechtsanwalt ist dann wirksam, wenn dieser die Angelegenheit bereits umfassend kennen gelernt hat. Hier kann nichts unbefugt offenbart werden. Im konkreten Fall handelte es sich um zwei in Bürogemeinschaft arbeitende Anwälte (BGH).

Das BGH-Urteil zur **Kenntnis der „Tages- oder der Fachpresse“** ist m.E. weniger spektakulär, als es in den Medien dargestellt wird. Der BGH musste sich nicht konkret mit der Frage auseinander setzen, ob der Steuerberater das „Handelsblatt“ oder die Pressemitteilung des Bundesrates kennen muss. Entscheidungserheblich war eine rückwirkende Gesetzesänderung, die ohne jede Vorankündigung eine Steuerbelastung des Mandanten herbeigeführt hatte. Der BGH bestätigt: Der **Steuerberater ist kein Prophet**.

Gibt der Anwalt der Büroangestellten vormittags die mündliche **Anweisung**, die Berufungsbegründung per Fax an das Landgericht zu senden, genügt das den Sorgfaltspflichten nicht. Die Anweisung muss klar und präzise sein: Er muss deutlich machen, dass er **umgehendes Handeln** erwartet (BGH).

Bei der **Honorarklage einer Sozietät (GbR)** muss diese Vor-sorge dafür treffen, dass das Verfahren durch **ein** anwaltliches Sozietätsmitglied allein erledigt wird. Das ist zur Kostenschonung des Mandanten erforderlich. Andernfalls müsste dieser eine Erhöhungsgebühr nach § 6 BRAGO tragen. Bei Großkanzleien ist das aus der Sicht des Schuldners rechtsmissbräuchlich (BGH).

Das OLG Düsseldorf befasst sich mit den **beschränkten Befugnissen eines Kontierers** (§ 6 Nr. 4 StBerG). Die laufende Buchführung darf er erledigen. Alles andere – die Umsatzsteuervoranmeldungen, sämtliche Steuererklärungen, die Einrichtung der Buchführung, das Erstellen von Abschlüssen etc. – hat er den steuerberatenden Berufen zu überlassen. Auch die **Beteiligung eines Steuerberaters im Innenverhältnis** ändert an dieser Rechtslage nichts. Aus dem **nichtigen Dienstvertrag** kann der Kontierer allenfalls **Wertersatz** aus dem Gesichtspunkt der ungerechtfertigten Bereicherung verlangen, wenn er ordnungsgemäße Arbeiten abgeliefert und der Mandant Gebühren erspart hat.

Das Verschweigen von Provisionen führt immer zur Verletzung vertraglicher Pflichten des Steuerberaters. Jede **Provision ist dem Mandanten offen zu legen**. Das gilt insbesondere, wenn der Steuerberater wegen seiner besonderen Kenntnisse vor einer Anlageentscheidung befragt wird. Das OLG Düsseldorf wiederholt, jeder Mandant hat einen Anspruch darauf, dass der Steuerberater seine Fragen mit völliger Objektivität beantwortet.

Last but not least zur Steuerhinterziehung: Der Mandant muss die **Einhaltung der Fristen** zur Abgabe von Steuererklärungen auch dann beachten, wenn er einen Steuerberater mit deren Erstellung beauftragt hat. Versäumt dieser die Einhaltung der Frist, muss der Mandant – nicht der Steuerberater – die sich daraus ergebenden **steuerstrafrechtlichen Folgen** tragen (LG München).

GI Aktuell

BFH ruft BVerfG an: Soweit hälftiges Kindergeld zur Einkommensteuer des barunterhaltspflichtigen Elternteils hinzugerechnet, aber unterhaltsrechtlich nicht angerechnet wird, ist Besteuerung verfassungswidrig

Seit Einführung des Familienleistungsausgleichs durch das Jahressteuergesetz (JStG) 1996 können Kindergeld und Kinderfreibetrag nicht mehr nebeneinander, sondern nur noch alternativ in Anspruch genommen werden. Werden Kinderfreibeträge abgezogen, weil ihre Entlastungswirkung höher ist als das gezahlte Kindergeld, so wird das gezahlte Kindergeld (ab 2004: der Anspruch auf Kindergeld) der tariflichen Einkommensteuer hinzugerechnet (§ 31 Satz 5, § 36 Abs. 2 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes – EStG – 2001), um eine doppelte Begünstigung zu vermeiden.

Bei Eltern, die nicht zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden, wird das Kindergeld in voller Höhe an den Elternteil ausgezahlt, der mit dem Kind zusammenlebt und es betreut (§ 64 EStG). Da aber die kindbedingten steuerlichen Entlastungen nach dem so genannten Halbteilungsgrundsatz beiden Elternteilen zustehen, hat der andere Elternteil, der seine Unterhaltungspflicht gegenüber dem Kind durch laufende monatliche Unterhaltszahlungen erfüllt, einen zivilrechtlichen Anspruch auf Anrechnung des hälftigen Kindergeldes auf seine Unterhaltsverpflichtung (§ 1612b Abs. 1 BGB).

Diese Anrechnung unterbleibt jedoch nach § 1612b Abs. 5 BGB i.d.F. des Gesetzes vom 2.11.2000 (BGBl. I 2000, 1479), soweit der Unterhaltspflichtige außerstande ist, Unterhalt in Höhe von 135 v.H. des Regelbetrages nach der Regelbetrag-Verordnung zu leisten. Mit dieser Regelung wollte der Gesetzgeber allein erziehende Eltern unterhaltsrechtlich entlasten.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat nun mit Beschluss vom 30.11.2004 – VIII R 51/03 das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) angerufen, weil nach seiner Auffassung die Regelung des § 1612b Abs. 5 BGB in vielen Fällen zu einer verfassungswidrigen Besteuerung zum Barunterhalt verpflichteter Elternteile führt. Das Gericht hält die Regelungen des EStG über den Familienlastenausgleich insoweit für unvereinbar mit dem Grundgesetz, als danach bei Steuerpflichtigen, deren Einkommen um die Kinderfreibeträge gemindert wurde, die tarifliche Einkommensteuer auch dann um die Hälfte des gezahlten Kindergelds zu erhöhen ist, wenn



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgens Gräfe

ihnen das Kindergeld wirtschaftlich nicht in dieser Höhe zugute gekommen ist, weil die Anrechnung des Kindergelds auf ihre Unterhaltspflicht nach § 1612b Abs. 5 BGB ganz oder teilweise unterblieben ist. 70 v.H. der Barunterhaltspflichtigen seien von der Regelung des § 1612b Abs. 5 BGB betroffen; damit werde der Mehrheit die Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge zumindest teilweise wieder genommen.

Nach Auffassung des BFH ist dieses Ergebnis unvereinbar mit dem verfassungsrechtlichen Grundsatz, dass der Staat das Einkommen insoweit steuerfrei belassen muss, als es für den existenznotwendigen Bedarf des Steuerpflichtigen und seiner Familie benötigt wird.
(BFH, Beschl. v. 30.11.2004 - VIII R 51/03)

Pressemitteilung d. BFH v. 2.2.2005

BFH: Kein Behinderten-Pauschbetrag neben den als außergewöhnliche Belastung berücksichtigten Kosten für die Unterbringung in einem Altenwohnheim

Werden die im Einzelnen nachgewiesenen Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für seine behinderungsbedingte Unterbringung in einem Altenwohnheim antragsgemäß als außergewöhnliche Belastung nach § 33 des Einkommensteuergesetzes (EStG) steuermindernd berücksichtigt, kann er nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 4.11.2004 - III R 38/02 daneben keinen erhöhten Pauschbetrag für behinderte Menschen nach § 33b Abs. 3 Satz 3 EStG (derzeit 3.700 EUR) in Anspruch nehmen.

Im entschiedenen Fall besaß der Steuerpflichtige im Streitjahr 1997 einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkmalen „G“, „aG“ und „H“. Das Finanzamt ließ die Heimkosten von 42.060 DM abzüglich einer Haushaltsersparnis von 12.000 DM und einer Pflegezulage nach § 35 des Bundesversorgungsgesetzes als Krankheitskosten nach § 33 EStG zum Abzug zu. Den daneben vom Steuerpflichtigen begehrten Behinderten-Pauschbetrag nach § 33b Abs. 3 Satz 3 EStG von damals 7.200 DM lehnten Finanzamt und Finanzgericht nach Auffassung des BFH zu Recht ab.

Der Steuerpflichtige hat nach § 33b Abs. 1 EStG ein Wahlrecht: Er kann entweder seine Aufwendungen im Einzelnen nachweisen und unter Abzug der zumutbaren Belastung nach § 33 Abs. 3 EStG als außergewöhnliche Belastung

geltend machen oder ohne Einzelnachweis den Pauschbetrag nach § 33b Abs. 3 EStG in Anspruch nehmen.

Der Pauschbetrag gilt alle laufenden und typischen, unmittelbar mit der Behinderung zusammenhängenden Kosten ab. Nur in Ausnahmefällen werden nach der langjährigen Rechtsprechung des BFH neben diesem Pauschbetrag weitere mit der Körperbehinderung zusammenhängende Aufwendungen zum Abzug nach § 33 EStG zugelassen. Von der Abgeltungswirkung des Pauschbetrages nicht erfasst werden Kfz.-Aufwendungen schwer Körperbehinderter sowie einmalige, sich einer Typisierung entziehende Kosten z.B. für eine Operation oder eine Heilkur. Weitere Ausnahmen sah der BFH als sachlich nicht gerechtfertigt an.

(BFH, Urt. v. 4.11.2004 - III R 38/02)

Pressemitteilung d. BFH v. 9.2.2005

BFH: Einkommensteuer-Vorauszahlungen neben dem Lohnsteuerabzug zulässig

Auf die voraussichtlich geschuldete Einkommensteuer hat ein Steuerpflichtiger vierteljährliche Vorauszahlungen zu entrichten, die vom Finanzamt nach dem Ergebnis der letzten Steuerveranlagung durch Vorauszahlungsbescheid festgesetzt werden (§ 37 Abs. 1 und 3 des Einkommensteuergesetzes - EStG -). Andererseits wird bei Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit die Einkommensteuer nach § 38 Abs. 1 EStG als „Lohnsteuer“ durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben. Damit gilt die auf die Lohneinkünfte entfallende Einkommensteuer als abgegolten, falls nicht die Voraussetzungen für eine Veranlagung des Arbeitnehmers vorliegen. Wird der Arbeitnehmer zur Einkommensteuer veranlagt, stellt der Lohnsteuerabzug der Sache nach ebenfalls eine Vorauszahlung auf die später festzusetzende Einkommensteuer dar.

Trotz des Lohnsteuerabzugs kann es bei Steuerpflichtigen, die ausschließlich Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit beziehen, durch die Veranlagung zu Steuernachzahlungen kommen. Die Finanzverwaltung setzt in diesen Fällen zusätzliche Einkommensteuer-Vorauszahlungen fest. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat diese Praxis mit Urteil vom 20.12.2004 - VI R 182/97 erstmals ausdrücklich bestätigt.

Im entschiedenen Fall hatte eine verheiratete Arbeitnehmerin mit der Lohnsteuerklasse III die

getrennte Veranlagung nach § 26a EStG gewählt, was (wie in den Jahren zuvor) zu einer nicht unerheblichen Steuernachzahlung geführt hatte. Der BFH sah die Festsetzung von Vorauszahlungen vor allem deshalb als statthaft an, weil das Gesetz ausdrücklich bestimme, dass die Vorauszahlungen sich grundsätzlich nach der Einkommensteuer bemessen, die sich „nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge“ bei der letzten Veranlagung ergeben habe (§ 37 Abs. 3 Satz 2 EStG).

Verfassungsrechtliche Bedenken, die die Klägerin erhoben hatte, teilte der BFH nicht. Ebenso sah er keinen unzulässigen Eingriff in das den Eheleuten zustehende Wahlrecht hinsichtlich der Lohnsteuerklasse.

(BFH, Urt. v. 20.12.2004 – VI R 182/97)

Pressemitteilung d. BFH v. 10.2.2005

BFH: Ausschluss des Verlustausgleichs bei stillen Beteiligungen ist für Verluste aus Altverbindlichkeiten verfassungsrechtlich bedenklich

Nach § 15 Abs. 4 Satz 4 und § 20 Abs. 1 Nr. 4 des Einkommensteuergesetzes sind Verluste, die eine Kapitalgesellschaft aus einer stillen Beteiligung an einer anderen Kapitalgesellschaft erzielt, nur mit späteren Gewinnen aus derselben Beteiligung verrechenbar. Sie können also nicht mit anderen Einkünften der Kapitalgesellschaft ausgeglichen werden. Diese Regelung wurde im Jahr 2003 eingeführt und galt erstmals für in jenem Jahr erzielte Verluste. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat es jedoch im Beschluss vom 3.2.2005 – I B 208/04 für zweifelhaft erachtet, ob es verfassungsrechtlich haltbar ist, sie auf Verluste aus vor 2003 eingegangenen Verpflichtungen uneingeschränkt anzuwenden.

Im konkreten Fall ging es um eine GmbH, die sich im Jahr 2002 an einer AG still beteiligt und dabei die Verpflichtung übernommen hatte, für Verluste der AG bis zu einer bestimmten Höhe einzustehen. Im Jahr 2003 musste sie aufgrund dieser Verpflichtung Zahlungen leisten. Nach der gesetzlichen Regelung führten diese Zahlungen nicht zu abziehbaren Betriebsausgaben, sondern nur zu einem mit späteren Beteiligungsgewinnen verrechenbaren Verlust.

Der BFH hat jedoch Zweifel daran, ob diese Rechtsfolge mit dem im Grundgesetz verankerten Rechtsstaatsprinzip vereinbar ist. Denn die GmbH habe die stille Beteiligung zu einem Zeit-

punkt vereinbart, in dem mit der später eingeführten Beschränkung des Verlustabzugs nicht zu rechnen war, und bei Bekanntwerden des entsprechenden Gesetzesvorhabens habe sie sich ihrer Verpflichtung nicht mehr entledigen können. Deshalb sei es möglicherweise verfassungsrechtlich geboten, ihr in der Weise Vertrauensschutz zu gewähren, dass sie ihre Aufwendungen noch nach dem früher geltenden Recht abziehen könne. Der BFH hat deshalb die Vollziehung der einschlägigen Steuerbescheide ausgesetzt.

(BFH, Beschl. v. 3.2.2005 – I B 208/04)

Pressemitteilung d. BFH v. 9.3.2005

GI Leitsätze

Notarhaftung/Aufklärungspflicht/Vorwegbeleihung/Fremdfinanzierung

1. Den einen Grundstückskauf beurkundenden Notar trifft gemäß § 17 BeurkG eine Verpflichtung, den Grundstückskäufer über die Möglichkeit der Aufnahme einer so genannten Vorwegbeleihungsklausel in den Vertrag aufzuklären, wenn er weiß, dass der Käufer den Kaufpreis finanzieren muss, noch keine endgültige Finanzierungszusage vorliegt, eine Abwicklung der Kaufpreiszahlung über ein Notaranderkonto nicht erfolgen soll und der Notar auch im Übrigen nicht weiß, unter welchen Voraussetzungen die kreditgebende Bank zur Auszahlung des Darlehens bereit sein wird.

2. Eine so genannte Notarbestätigung, mit der der Notar lediglich bescheinigt, dass der zur Kreditsicherung nach Eigentumsumschreibung auf den Käufer einzutragenden Grundschuld keine Voreintragungen in Abt. II und III des Grundbuchs vorgehen, genügt zur Absicherung der finanzierenden Bank in der Regel nicht, weil hier die Gefahr besteht, dass das durch eine Vormerkung gesicherte Anwartschaftsrecht des Grundstückserwerbers auf Eigentumserwerb von einem Dritten gepfändet wird und sodann mit Grundbucheintragung eine der Grundschuld vorgehende Sicherungshypothek entsteht.

3. Sind durch eine unrichtige Sachbehandlung nach den dargestellten Grundsätzen Mehrkosten entstanden, sind diese gemäß § 141 i.V.m. § 16 Abs. 1 Satz 1 KostO nicht zu erheben.
(OLG Celle, Beschl. v. 27.4.2004 – 8 W 145/04, OLG-Report 2004, 430)

Honorarforderung des Rechtsanwalts

- Abtretungsverbot
 - Verschwiegenheitspflicht
- (BGH, Urt. v. 11.11.2004 - IX ZR 240/03)

Leitsatz:

Tritt ein Rechtsanwalt Honorarforderungen ohne Zustimmung des Auftraggebers an einen anderen Rechtsanwalt ab, der ihn zuvor außergerichtlich und im Kostenfestsetzungsverfahren (§ 19 BRAGO) vertreten und die Angelegenheit umfassend kennen gelernt hat, so ist die Zession nicht gemäß §§ 134 BGB, 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB unwirksam (*Ergänzung zu BGH, WM 1995, 184 f*).

Zum Sachverhalt:

Die Parteien streiten um restliches Anwalts-honorar. Rechtsanwalt Dr. G. (fortan: Zedent) vertrat den Beklagten anwaltlich vor dem Landesarbeitsgericht. In der mündlichen Verhandlung vom 15.1.2001, an der auf Klägerseite der Beklagte und der Zedent als dessen Prozessbevollmächtigter teilnahmen, schlossen die Parteien auf Vorschlag des Gerichts einen Vergleich. Dieser erstreckte sich neben dem streitgegenständlichen Anspruch auf weitere Punkte, auf die sich das Mandat des Zedenten nicht bezog.

Zwischen den Parteien ist streitig, ob der Zedent an dem Abschluss des Vergleichs mitgewirkt hat. Der Beklagte hat die Gebührenrechnung des Zedenten um die auf den Vergleichsabschluss entfallenden gesetzlichen Gebühren und Auslagen gekürzt.

Der Kläger ist ebenfalls Rechtsanwalt. Er unterhält mit dem Zedenten eine Bürogemeinschaft. Zu einem nicht näher aufgeklärten Zeitpunkt hat der Zedent seinen restlichen Honoraranspruch an den Kläger abgetreten.

Das Amtsgericht hat die Klage mit der Begründung abgewiesen, der Vergleich sei ohne Mitwirkung des Zedenten geschlossen worden. Das Berufungsgericht hat die Berufung zurückgewiesen. Hiergegen wendet sich der Kläger mit seiner zugelassenen Revision.

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht meint, dem Kläger stehe gegen den Beklagten ein Honoraranspruch aus abgetretenem Recht nicht zu, weil der Abtretungsvertrag zwischen dem Zedenten und dem Kläger nach § 134 BGB nichtig sei. Jener habe die Honorarforderung entgegen der berufsrechtlichen (§ 43a Abs. 2 BRAO) und strafrechtlichen (§ 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB) Schweigepflicht ohne Zustimmung des Beklagten an den Kläger abgetreten.

Aus § 49b Abs. 4 BRAO ergebe sich nicht, dass nur die Abtretung an einen nicht als Anwalt tätigen Dritten der Zustimmung des Mandanten bedürfe. § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB schütze den Mandanten auch davor, dass der beauftragte Rechtsanwalt die als Geheimnis zu wertenden Tatsachen anderen Rechtsanwälten mitteile. Dies gelte auch für Rechtsanwälte, die eine Bürogemeinschaft unterhielten.

II.

Gegen diese Erwägungen wendet sich die Revision mit Erfolg. Im vorliegenden Fall sind – ausgehend von dem Vorbringen des Klägers, das mangels anderweitiger Feststellungen zugrunde zu legen ist – die objektiven Voraussetzungen des § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB nicht erfüllt; die Abtretung ist infolgedessen nicht gemäß § 134 BGB unwirksam, obwohl der Beklagte ihr nicht zugestimmt hat.

1. a) Im Anschluss an seine Rechtsprechung zur Abtretung ärztlicher Honorarforderungen (*BGHZ 115, 123, 130*) und zur Weitergabe einer ärztlichen Patienten- und Berufskartei (*BGHZ 116, 268, 272 f*) hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass die Abtretung der Honorarforderung eines Rechtsanwalts (§§ 398, 675 BGB) **ohne Zustimmung des Mandanten** in der Regel den objektiven Tatbestand der – das Privatgeheimnis schützenden – Strafvorschrift des § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB erfüllt, weil mit der Abtretung die umfassende Informationspflicht des § 402 BGB gegenüber dem neuen Gläubiger verbunden ist.

Deshalb waren – vor Einführung des § 49b Abs. 4 BRAO – **sowohl das schuldrechtliche Grundgeschäft der Forderungsübertragung als auch die Abtretung als dingliches Erfüllungsgeschäft gemäß § 134 BGB nichtig**. Dadurch sollte dem durch Art. 2 Abs. 1 GG gewährleisteten Recht des

Mandanten auf informationelle Selbstbestimmung Rechnung getragen werden (BGHZ 122, 115, 119; 148, 97, 101 f; BGH, Urt. v. 13.5.1993 – IX ZR 234/92, WM 1993, 1251, 1252; v. 8.7.1993 – IX ZR 121/93, WM 1993, 1849, 1850).

Nach der im Jahre 1994 in Kraft getretenen, im Streitfall deshalb anzuwendenden Vorschrift des § 49b Abs. 4 BRAO ist ein Rechtsanwalt, der eine Gebührenforderung erwirbt, in gleicher Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet wie der beauftragte Rechtsanwalt (§ 49b Abs. 4 Satz 1 BRAO); die Abtretung von Gebührenforderungen oder die **Übertragung ihrer Einziehung an einen nicht als Rechtsanwalt zugelassenen Dritten ist unzulässig, es sei denn, die Forderung ist rechtskräftig festgestellt, ein erster Vollstreckungsversuch fruchtlos ausgefallen und der Rechtsanwalt hat die ausdrückliche, schriftliche Einwilligung des Mandanten eingeholt** (§ 49b Abs. 4 Satz 2 BRAO).

Der Zweck dieser neuen Regelung erschließt sich aus der Entstehungsgeschichte, § 49b Abs. 4 Satz 1 BRAO ist auf Vorschlag des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages eingeführt worden (vgl. BT-Drucks. 12/7666, S. 11). In der Begründung (vgl. BT-Drucks., a.a.O., S. 49) wird auf die Urteile des Bundesgerichtshofs vom 25.3.1993 (BGHZ 122, 115) und vom 13.5.1993 (a.a.O.) verwiesen, aus denen sich ergebe, dass eine Abtretung anwaltlicher Gebührenforderungen nur wirksam sei, wenn entweder der Rechtsanwalt die Zustimmung des Mandanten zur Weitergabe von Informationen aus dem Mandatsverhältnis einhole oder Zessionar und Zedent denselben Schweigepflichten unterworfen seien; dem solle mit der Neuordnung klarstellend Rechnung getragen werden.

Hierbei wurde übersehen, dass die zitierte Rechtsprechung auf der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Abtretung einer ärztlichen Honorarforderung (BGHZ 115, 123, 128 f) und zur Weitergabe einer ärztlichen Patienten- und Beratungskartei (BGHZ 118, 268, 272) aufbaut. Für beide vergleichbare Sachverhalte hat der Bundesgerichtshof ausdrücklich ausgesprochen, die Nichtigkeit eines gegen § 203 Abs. 1 StGB verstoßenden Rechtsgeschäfts gemäß § 134 BGB werde nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Zessionar nach der Strafvorschrift ebenfalls einer Schweigepflicht unterliege.

b) In Rechtsprechung und Literatur ist deshalb weiterhin umstritten, ob durch die gesetzliche Regelung in § 49b Abs. 4 BRAO nur die „Weiter-

gabe“ der Verschwiegenheitspflicht an den Zessionar oder darüber hinaus auch die Zulässigkeit der Abtretung an einen Rechtsanwalt ohne Zustimmung des Mandanten geregelt worden ist.

Nach der einen Auffassung wird **durch die Neuordnung nur die Verschwiegenheitspflicht an den Zessionar weitergegeben** (vgl. OLG Düsseldorf, NJW-RR 1999, 1583, 1584; OLG Koblenz, DStRE 2000, 555, 556; LG Karlsruhe, MDR 2001, 1383, 1384; Erman/Palm, BGB 10. Aufl., § 134 Rdnr. 62; Berger, NJW 1993, 1406, 1407; Prechtel, NJW 1997, 1813, 1816). Andere wiederum meinen, **es werde auch die Zulässigkeit der Abtretung ohne Zustimmung des Mandanten geregelt** (vgl. OLG Hamburg, OLG-Report 2001, 74, 76; LG Baden-Baden, NJW-RR 1998, 202, 203; MünchKomm-StGB/Cierniak, § 203 Rdnr. 68; Feuererich/Weyland, BRAO 6. Aufl., § 49b Rdnr. 47 f; Dittmann in Henssler/Prütting, BRAO 2. Aufl., § 49b Rdnr. 37; Jessnitzer/Blumberg, BRAO 9. Aufl., § 49b Rdnr. 7; Ganter in Bankrechts-Handbuch 2. Aufl. Bd. II, § 96 Rdnr. 138; Paulus, NJW 2004, 21, 22).

2. a) Der Bundesgerichtshof war mit dieser Streitfrage bislang noch nicht befasst. In der Entscheidung vom 17.5.1995 (VIII ZR 94/94, ZIP 1995, 1016, 1018) wird nur der Wille des Gesetzgebers referiert, durch die – in dem zu entscheidenden Fall noch nicht anwendbare – Neuordnung die Abtretung von Honorarforderungen eines Rechtsanwalts an einen anderen zu erleichtern. Das Urteil vom 25.3.1998 (BGHZ 141, 173, 176 f) betrifft die **Pfändbarkeit von Steuerberaterhonorar**.

Zum Abtretungsverbot nach § 64 Abs. 2 Satz 2 StBerG und § 49b BRAO wird ausgeführt, dass § 851 Abs. 1 ZPO darauf abstelle, ob eine Forderung als solche nicht übertragbar sei. Hierfür genüge nicht ohne weiteres, wenn eine Forderung ihrem Inhalt nach und ihrer Zweckbestimmung nach übertragbar sei und lediglich bestimmten Gläubigern die Abtretung verboten oder diese nur unter bestimmten Voraussetzungen gestattet werde. Auf die Streitfrage, ob auf die Zustimmung des Mandanten für die Wirksamkeit der Abtretung von Gebührenforderungen allgemein verzichtet werden kann, kam es nicht an.

b) Sie bedarf auch im vorliegenden Fall keiner abschließenden Klärung. **Der Zedent hat nicht gegen den objektiven Tatbestand des § 243 Abs. 1 Nr. 3 StGB verstoßen, weil der Zessionar die Angelegenheit des Mandanten zuvor um-**

fassend kennen gelernt hatte (vgl. BGH, Urt. v. 10.8.1995 – IX ZR 220/94, WM 1995, 1841).

aa) Das Berufungsgericht hat keine Feststellungen dazu getroffen, zu welchem Zeitpunkt dem Kläger die im vorliegenden Rechtsstreit geltend gemachte Honorarforderung übertragen worden ist. Deshalb ist im Revisionsverfahren zugunsten des Klägers davon auszugehen, dass der Abtretungsvertrag erst im Anschluss an das vor Klageeinreichung unstreitig durchgeführte Kostenfestsetzungsverfahren (§ 19 BRAGO) geschlossen worden ist.

Der Beklagte hat als Anlage zur Klageerwidern vom 7.11.2001 ein Schreiben des Klägers vom 28.5.2001 vorgelegt. Darin nimmt der Kläger als anwaltlicher Berater des Zedenten unter Bezugnahme auf das ihm erteilte Mandat und ein in dieser Sache von dem Beklagten an den Zedenten gerichtetes Schreiben vom 23.5.2001 zu der streitgegenständlichen Vergleichsgebühr Stellung und kündigt einen Antrag auf Kostenfestsetzung an. Die ordnungsgemäße Vertretung des Zedenten in diesem Verfahren bedingte, dass der Kläger von dem Zedenten zuvor umfassend über alle Umstände informiert worden war, die für das Entstehen der geltend gemachten Vergleichsgebühr sowie der Differenzprozessgebühr von Bedeutung sind.

bb) Für einen solchen Fall hat der Bundesgerichtshof die Nichtigkeit der Abtretung wiederholt verneint, obwohl der Gebührenschuldner ihr nicht zugestimmt hat (vgl. BGH, Urt. v. 13.5.1993 – IX ZR 234/92, a.a.O., 1252; v. 10.8.1995 – IX ZR 220/94, a.a.O., 1842 ff). Dafür ist ausschlaggebend, dass der Zessionar die – hier zu unterstellende – umfassende Kenntnis der Angelegenheit erlangt hat, ohne dass der Zedent ein ihm anvertrautes oder sonst bekannt gewordenes Geheimnis des Mandanten unbefugt offenbart hat (vgl. § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB).

Ein Rechtsanwalt darf seine Honorarforderung gegen den Auftraggeber geltend machen (§ 19 BRAGO), selbst wenn dies die Bekanntgabe von Mandatengeheimnissen erfordert, weil der Anwalt sonst insoweit rechtlos stünde (BGHZ 122, 115, 120). Die Wahrnehmung dieser Aufgabe durfte der Zedent nach der Rechtsprechung grundsätzlich **auch einer in seinem Büro beschäftigten Hilfsperson übertragen** (vgl. BGH, Urt. v. 10.8.1995, a.a.O., 1843); nichts anderes gilt für die Einschaltung des Klägers, der **als Rechtsanwalt mit ihm in Bürogemeinschaft tätig** ist.

Demjenigen, der rechtmäßig eine fremde Angelegenheit umfassend kennen gelernt hat, kann diese nicht mehr i.S.d. § 203 Abs. 1 StGB unbefugt offenbart werden. Dabei kommt es auf den aktuellen **Gedächtnisstand** zum Zeitpunkt der Abtretung nicht an; unerheblich ist auch, zu welchem Zeitpunkt der Zedent die **Handakten übergeben** hat (BGH, a.a.O., 1844).

(...)

Fristenkontrolle

- Faxschreiben
 - Ausgangskontrolle
 - Löschung im Fristenkalender
- (BGH, Beschl. v. 21.7.2004 – XII ZB 27/03)

Leitsätze:

1. Zu den Anforderungen an die Ausgangskontrolle bei der Übermittlung fristwahrender Schriftsätze durch Telefax.
2. Die Rechtsbeschwerde gegen einen die Wiedereinsetzung versagenden Beschluss des Berufungsgerichts kann grundsätzlich nicht auf Tatsachen gestützt werden, die nicht schon im Verfahren der Wiedereinsetzung vorgetragen worden sind (im Anschluss an BGHZ 156, 165 ff).

Aus den Gründen:

I.

Der Kläger war in der Zeit von Ende 1988 bis Anfang 1993 mit der Beklagten befreundet, hatte die Vaterschaft für ihre am 22.2.1990 geborene Tochter N. anerkannt und für das Kind Unterhalt in Höhe von insgesamt 38.113,70 DM gezahlt. Nachdem in der Folgezeit rechtskräftig festgestellt wurde, dass N. nicht von ihm abstammt, verlangt der Kläger von der Beklagten Auskunft über den Namen des leiblichen Vaters ihres Kindes, hilfsweise Rückzahlung des geleisteten Kindesunterhalts.

Das Amtsgericht hat die Klage mit einem, dem Kläger am 19.6.2002 zugestellten, Urteil abgewiesen. Dagegen hat der Kläger am 17.7.2002 Berufung eingelegt, die er mit einem am (Dienstag) 20.8.2002 eingegangenen Schriftsatz vom 19.8.2002 begründet hat.

Mit einem ebenfalls am 20.8.2002 eingegangenen Schriftsatz hat er Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist beantragt. Zur Begründung trägt er vor, sein Prozessbevollmächtigter habe den Berufungsschriftsatz rechtzeitig am 19.8.2002 gefertigt und sodann postalisch versandt. Zur Fristwahrung habe die äußerst zuverlässige und insbesondere mit Fristangelegenheiten äußerst gewissenhafte Rechtsanwaltsfachgehilfin L. den Schriftsatz vorab per Telefax an das Gericht übersandt. Dabei habe sie versehentlich eine falsche Nummer gewählt. Ebenfalls versehentlich sei sie davon ausgegangen, dass die Übertragung mit einem „o.k.“ bestätigt worden war. Zur Glaubhaftmachung hat der Kläger eine eidesstattliche Versicherung der Rechtsanwaltsfachgehilfin L. vom 20.8.2002 eingereicht, in der es auszugsweise heißt:

„... Gemäß grundsätzlicher Anweisung von Herrn RA N. müssen Schriftsätze, deren Fristen noch am gleichen Tag, an denen sie geschrieben werden, ablaufen, vorab per Fax abgesandt werden. Da mir bewusst war, dass die Frist in der Sache W./N. am 19.8.2002 endete, wurde der Schriftsatz kurz vor 16.00 Uhr von mir per Fax abgesandt. Da ich aufgrund arbeitsvertraglicher Regelung um 16.00 Uhr die Kanzlei verlasse, wurde von mir das Protokoll nicht mehr angesehen. Heute Vormittag sah ich die Protokolle der am 19.8.2002 abgesandten Faxschreiben durch und stellte fest, dass das Fax an das Oberlandesgericht ... nicht durchging ...“

Mit Beschluss vom 19.12.2002 wies das Berufungsgericht den Kläger auf die Verspätung und darauf hin, dass nicht von einer unverschuldeten Fristversäumung durch den Kläger ausgegangen werden könne. Der Kläger hat ergänzend vorgetragen, dass die Mitarbeiterinnen im Büro seines Prozessbevollmächtigten regelmäßig angewiesen werden, stets auf die korrekte Eingabe der Empfängernummer sowie die ordnungsgemäße und vollständige Übermittlung der Dokumente zu achten und dabei immer auch das Sendeprotokoll zu prüfen. Diesen Vortrag hat er durch ergänzende eidesstattliche Versicherung der Rechtsanwaltsfachangestellten L. vom 10.1.2003 belegt.

Mit Beschluss vom 16.1.2003 hat das Berufungsgericht dem Kläger die begehrte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagt und die Berufung als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich die Rechtsbeschwerde des Klägers. Zur Begründung trägt er vor, die Rechtsanwaltsfach-

angestellte L. sei wegen eines Fehlers beim Ablesen des Versendeprotokolls davon ausgegangen, dass der Schriftsatz beim Oberlandesgericht eingegangen sei. Deswegen sei der – ihm nicht zurechenbare – Fehler beim Ablesen des Sendeprotokolls und nicht etwa eine unzureichende Büroorganisation kausal für die Fristversäumung geworden. Zur Glaubhaftmachung hat der Kläger eine zweite ergänzende eidesstattliche Versicherung der Rechtsanwaltsfachangestellten L. vom 3.2.2003 eingereicht, in der es auszugsweise heißt:

„... erkläre ich hiermit, dass Herr RA N. mir die Führung des Fristenkalenders übertragen hat. Ich prüfe alle Schriftsätze und ihre entsprechenden Fristen. Morgens öffne ich die Post und trage alle Fristen ein. Dies wurde auch in der Sache W. gegen N. in dieser Form unternommen. Am 19.8.2002 habe ich dann den Berufungsbegründungsschriftsatz abgesandt und das Versendungsprotokoll – falsch – abgelesen. Ich habe die Frist daraufhin gestrichen. Herr RA N. fragte noch nach, ob der Schriftsatz ordnungsgemäß eingegangen sei, was ich auch bejaht habe. Die Frist wurde noch am 19.8.2002 von mir gestrichen, wie ich das immer am Abend, bevor ich nach Hause gehe, unternehme.“

II.

Die Rechtsbeschwerde ist statthaft (§ 574 Abs. 1 i.V.m. § 522 Abs. 1 Satz 4, 238 Abs. 2 ZPO), aber unzulässig.

1. Entgegen der Auffassung des Klägers kommt der Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung i.S.v. § 574 Abs. 2 Nr. 1 ZPO zu. Grundsätzliche Bedeutung hat eine Sache, wenn sie eine entscheidungserhebliche, klärungsbedürftige und klärungsfähige Rechtsfrage aufwirft, die sich in einer unbestimmten Vielzahl von Fällen stellen kann (BGHZ 151, 221, 223). Das ist hier nicht der Fall.

Die Anforderungen an die Sorgfaltspflicht eines Rechtsanwalts bei der Ausgangskontrolle fristgebundener Schriftsätze sind in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs hinreichend geklärt (vgl. zur Versendung fristgebundener Schriftsätze durch Fax die Beschl. v. 23.10.2003 – V ZB 28/03, FamRZ 2004, 262; v. 2.7.2001 – II ZB 28/00, NJW-RR 2002, 60; v. 3.4.2001 – XI ZB 2/01, BGHR-ZPO § 233 Ausgangskontrolle 15 [Gründe]; v. 16.6.1998 – XI ZB 13/98, VersR 1999, 996; v. 18.12.1997 – X ZB 16/97, NJWE-VHR 1998, 86 und v. 19.11.1997 – VIII ZB 33/97, NJW 1998, 907).

Nach dieser Rechtsprechung **endet** die Pflicht des Rechtsanwalts zur Ausgangskontrolle **bei Übermittlung fristwahrender Schriftsätze per Telefax erst dann, wenn feststeht, dass der Schriftsatz wirklich übermittelt worden ist.**

Mit Rücksicht auf die Risiken beim Einsatz eines Telefaxgerätes kommt der Rechtsanwalt seiner Verpflichtung zu einer wirksamen Ausgangskontrolle nur dann nach, wenn er seinen dafür zuständigen Mitarbeitern die Weisung erteilt, sich einen **Einzelnachweis ausdrucken zu lassen, auf dieser Grundlage die Vollständigkeit der Übermittlung zu prüfen und die Notfrist erst nach Kontrolle des Sendeberichts zu löschen.** Ob die Büroorganisation des Prozessbevollmächtigten des Klägers diesen Anforderungen genügt, ist eine Frage des Einzelfalles und damit einer Verallgemeinerung nicht zugänglich.

2. Die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung nach § 574 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 ZPO erfordert eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs nur in Fällen einer Divergenz oder dann, wenn bei der Auslegung oder Anwendung revisiblen Rechts Fehler über die Einzelfallentscheidung hinaus die Interessen der Allgemeinheit nachhaltig berühren. Letzteres ist vor allem dann der Fall, wenn Verfahrensgrundsätze, insbesondere die Grundrechte auf Gewährung rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG), auf wirkungsvollen Rechtsschutz (Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip) und auf ein objektiv willkürfreies Verfahren (Art. 3 Abs. 1 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip) verletzt sind.

Dabei sollen Art und Weise eines Rechtsfehlers nach dem Willen des Gesetzgebers aber nur dann Bedeutung erlangen, wenn sie geeignet sind, das Vertrauen in die Rechtsprechung im Ganzen zu beschädigen. Regelmäßig ist eine auf § 574 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 ZPO gestützte Rechtsbeschwerde deswegen nur zulässig, wenn dargelegt ist, dass ein Verstoß gegen Verfahrensgrundrechte im Einzelfall klar zutage tritt, also offenkundig ist, und die angefochtene Entscheidung hierauf beruht (BGHZ 151, 221, 227; *Senatsbeschl. v. 11.2.2004 - XII ZB 263/03, FamRZ 2004, 696 m.w.N.*).

a) Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts **dient das Rechtsinstitut der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in besonderer Weise dazu, die Rechtsschutzgarantie und das rechtliche Gehör zu gewährleisten.**

Die Verfahrensgrundsätze auf Gewährleistung wirkungsvollen Rechtsschutzes und auf rechtliches Gehör gebieten es daher, den **Zugang zu den Gerichten** und den weiteren Instanzen **nicht in unzumutbarer, sachlich nicht gerechtfertigter Weise zu erschweren.** Deswegen dürfen gerade bei der Auslegung der Vorschriften über die Wiedereinsetzung die **Anforderungen an die Sorgfalt** eines Rechtsanwalts und die Kausalität einer Pflichtverletzung **nicht überspannt werden** (BGHZ 151, a.a.O., 227 f m.w.N. aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts).

b) Gegen diese Grundsätze hat das Beschwerdegericht nicht verstoßen.

Die Rechtsbeschwerde hat keinen erheblichen Unterschied der angefochtenen Entscheidung zu den zitierten Entscheidungen des Bundesgerichtshofs aufgezeigt. Eine Divergenz kommt nur dann in Betracht, wenn nach den Darlegungen der Rechtsbeschwerde der angefochtenen Entscheidung ein Rechtssatz zugrunde liegt, der von einem die Entscheidung tragenden Rechtssatz eines höherrangigen Gerichts, eines anderen Spruchkörpers desselben Gerichts oder eines anderen gleichgeordneten Gerichts abweicht (vgl. BGH, *Beschl. v. 4.7.2002 - V ZB 75/02, NJW 2002, 2957 und v. 5.11.2002 - VI ZR 40/02, NJW 2003, 437*). Das ist hier nicht der Fall.

Nach der zitierten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs darf die Notfrist im Fristenkalender bei Übermittlung eines Schriftsatzes per Fax erst nach einer Kontrolle des Sendeberichts **gelöscht werden. Auf eine solche allgemein organisatorische Vorkehrung kommt es nur dann nicht an, wenn im Einzelfall konkrete Anweisungen erteilt worden sind, deren Befolgung die Fristwahrung ebenso sichergestellt hätte.** Das hat der Kläger im Verfahren der Wiedereinsetzung nicht glaubhaft gemacht.

Nach dem Vortrag des Prozessbevollmächtigten des Klägers im Wiedereinsetzungsverfahren beschränkte sich die Büroorganisation auf die Sorgfalt beim Absenden eines Telefax, ließ aber die **Löschung der Notfrist** schon vor der endgültigen Kontrolle der vollständigen Übermittlung zu. Denn nach dem Inhalt der zur Begründung der beantragten Wiedereinsetzung eingereichten eidesstattlichen Versicherungen ist die Frist ohne erneute Prüfung des Sendeprotokolls gelöscht und die fehlerhafte Übermittlung erst am Folgetag bemerkt worden.

Hätte demgegenüber eine allgemeine Anweisung bestanden, Notfristen erst nach Kontrolle der vollständigen Übermittlung anhand des Protokolls zu löschen, wäre die noch ausstehende Frist für die Berufungsbegründung noch rechtzeitig am Abend des 19.8.2002 bemerkt worden.

Auf den Inhalt der erst nach Erlass der angefochtenen Entscheidung vorgelegten und von den früheren eidesstattlichen Versicherungen abweichenden „zweiten ergänzenden eidesstattlichen Versicherung“ der Rechtsanwaltsfachangestellten L. vom 3.2.2003 kann es für die Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde schon deswegen nicht ankommen, weil im Verfahren der Rechtskontrolle grundsätzlich keine neuen Tatsachen festgestellt werden können (BGHZ 156, 165, 167 f = Beschl. v. 18.9.2003 - IX ZB 40/03, FamRZ 2004, 180, 181).

Steuerberaterhaftung

- Kenntnis des Steuerrechts
- Änderung des Steuergesetzes
- Fachpresse

(BGH, Urt. v. 15.7.2004 - IX ZR 472/00)

Leitsatz:

Wird in der Tages- oder der Fachpresse über Vorschläge zur Änderung des Steuerrechts berichtet, die im Falle ihrer Verwirklichung das von dem Mandanten des Beraters erstrebte Ziel unter Umständen vereiteln oder beeinträchtigen, kann der Steuerberater gehalten sein, sich aus allgemein zugänglichen Quellen über den näheren Inhalt und den Verfahrensstand solcher Überlegungen zu unterrichten.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger war für den beklagten Einzelunternehmer und die K. GmbH in den Veranlagungszeiträumen 1995, 1996 und 1997 als Steuerberater tätig. Das Einzelunternehmen erzielte erhebliche Gewinne, die GmbH erwirtschaftete bedeutende Verluste. Der Beklagte konnte seine Steuerschulden nicht berichtigen, weil er die Gewinne seines Einzelunternehmens in die Verluste schreibende GmbH eingelegt hatte. Aus diesem Grund sollten beide Unternehmen nach einem Vorschlag des Klägers auf ein neues Einzelunternehmen verschmolzen und so die

steuerbaren Gewinne durch den rücktragbaren Übernahmeverlust ausgeglichen werden. Der Beklagte entwarf, nachdem er spätestens im März 1997 damit beauftragt worden war, einen am 29.8.1997 notariell beurkundeten Verschmelzungsvertrag, durch welchen der Beklagte das Vermögen der GmbH übernahm. Die beabsichtigte Verlustverrechnung scheiterte an der zum 5.8.1997 rückwirkend eingetretenen Änderung von § 4 Abs. 5 Satz 1, § 27 Abs. 3 des Umwandlungssteuergesetzes (UmwStG).

Der Kläger verlangt von dem Beklagten im vorliegenden Rechtsstreit zweitinstanzlich nicht mehr bestrittene Vergütung für seine Tätigkeit als Steuerberater in Höhe von 60.777,24 DM. Der Beklagte rechnet dagegen mit einem Schadenersatzanspruch auf, den er aus pflichtwidrig verspäteter Durchführung der beabsichtigten Verschmelzung herleitet.

Durch das Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform vom 29.10.1997 (BGBl I, 2590) sei die Möglichkeit, Übernahmeverluste gewinnmindernd zu verrechnen, soweit sie auf einem negativen Wert des übergegangenen Vermögens beruhten, rückwirkend für alle Vermögensübergänge, die nach dem 31.12.1996 wirksam geworden waren, beseitigt worden. Die Rückwirkung sei aber durch das Gesetz zur Finanzierung eines weiteren Zuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung vom 19.12.1997 (BGBl I, 3121) auf Umwandlungsvorgänge beschränkt worden, deren Eintragung im Handelsregister nach dem 5.8.1997 beantragt worden sei. Der Kläger habe hier nach Presseberichten die bevorstehende Beschränkung der Verlustverrechnung vorhersehen müssen, gleichwohl aber nicht auf beschleunigte Durchführung der Verschmelzung mit Antragstellung beim Handelsregister bis spätestens zum 5.8.1997 hingewirkt.

In den Vorinstanzen ist der Beklagte verurteilt worden. Mit der Revision verfolgt er seinen Klageabweisungsantrag weiter. Die Revision ist unbegründet.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ein zum Schadenersatz verpflichtendes Verhalten des Klägers verneint. Die vom Beklagten genannten, die bevorstehende Gesetzesänderung betreffenden Presseberichte hätten dem Kläger keine Ver-

anlassung gegeben, die Eintragung der Verschmelzung bis spätestens zum 5.8.1997 herbeizuführen. Nach der allenfalls vorhersehbaren ersten Gesetzesänderung wäre der erwünschte steuerliche Vorteil wegen der weitreichenden Rückwirkung nicht mehr erreichbar gewesen. Die spätere gesetzliche Einschränkung der Rückwirkung habe der Kläger nicht vorhersehen müssen. Auch aus anderen Gründen sei er nicht verpflichtet gewesen, die Verschmelzung früher zu bewirken. Dies sei weder vertraglich geschuldet noch wegen drohender Vollstreckungsmaßnahmen gegen den Beklagten geboten gewesen.

II.

Die Ausführungen des Berufungsgerichts halten im Ergebnis rechtlicher Nachprüfung stand.

1. Der Steuerberater ist im Rahmen des ihm erteilten Auftrags verpflichtet, den Mandanten umfassend zu beraten und ungefragt über alle steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten. Er hat seinen Mandanten möglichst vor Schaden zu schützen. Hierzu hat er den relativ sichersten Weg zu dem angestrebten steuerlichen Ziel aufzuzeigen und die für den Erfolg notwendigen Schritte vorzuschlagen (vgl. BGHZ 129, 386, 396; BGH, Urt. v. 28.9.1995 - IX ZR 158/94, WM 1995, 2075, 2076; v. 18.12.1997 - IX ZR 153/96, WM 1998, 301, 302).

Die mandatsbezogen erheblichen **Gesetzes- und Rechtskenntnisse** muss der Steuerberater besitzen oder sich ungesäumt verschaffen (Zugehör, DStR 2001, 1613, 1615 m.w.N.; Lange, DB 2003, 869, 871). **Neue oder geänderte Rechtsnormen hat er in diesem Rahmen zu ermitteln** (vgl. BGH, Beschl. v. 30.6.1971 - IV ZB 41/71, NJW 1971, 1704; v. 7.3.1978 - VI ZB 18/77, NJW 1978, 1486; vgl. auch OLG Celle, VersR 2001, 1437, 1438).

Wird in der Tages- oder Fachpresse über Vorschläge zur Änderung des Steuerrechts berichtet, die im Falle ihrer Verwirklichung von dem Mandanten des Beraters erstrebte Ziele unter Umständen vereiteln oder beeinträchtigen, kann der Steuerberater gehalten sein, sich aus allgemein zugänglichen Quellen über den näheren Inhalt und den Verfahrensstand solcher Überlegungen zu unterrichten, um danach prüfen zu können, ob es geboten ist, dem Mandanten Maßnahmen zur Abwehr drohender Nachteile anzuraten (zu den Pflichten eines Rechtsanwalts bei erkennbar bevorstehender Änderung der höchststrichterlichen Rechtsprechung vgl. BGH, Urt. v. 30.9.1993 - IX ZR 211/92, WM 1993, 2129, 2130 f).

2. Welche Anforderungen insoweit für die Tätigkeit des Steuerberaters im Einzelnen gelten, hängt wesentlich von den jeweiligen Umständen des Falles ab und kann hier weitgehend offen bleiben, denn der Kläger hat die ihn möglicherweise in dieser Hinsicht treffenden Pflichten nicht verletzt.

a) Die Presseverlautbarungen, auf die sich der Beklagte in der Berufung bezogen hat, tragen den von ihm erhobenen Vorwurf nicht.

Die **Pressemitteilung des Bundesrates** vom 31.7.1997 berichtete über die Grundsatzvereinigung im Vermittlungsausschuss und die für den 4.8.1997 erwartete förmliche Beschlussfassung. Dasselbe gilt für den Artikel im **Handelsblatt** vom 1./2.8.1997 über den erzielten Vermittlungskompromiss. Beide Berichte enthalten die gravierende Ungenauigkeit, dass die Neuregelung mit tatbestandlicher Rückanknüpfung erst für den Veranlagungszeitraum 1997 zu erwarten sei. Der vom Beklagten angestrebte und nach den §§ 2 UmwStG, 17 Abs. 2 Satz 4 UmwG auch erreichte steuerliche Umwandlungsstichtag war aber der 31.12.1996.

Die von dem Beklagten beabsichtigte Verschmelzung wäre von der Rechtsänderung so gesehen nicht betroffen gewesen, weil sie, jedenfalls steuerrechtlich, vor dem Veranlagungszeitraum 1997 Wirksamkeit erlangt hätte. Erst die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses im Wortlaut (BT-Drucks. 13/8325) ergab dann mit Sicherheit, dass auch das Vorhaben des Beklagten unter die Rückwirkung des kommenden Gesetzes fiel. Es ist nicht vorgetragen, der Kläger hätte von dieser entscheidenden Tatsache so rechtzeitig Kenntnis erlangen können, dass es ihm danach noch am 5.8.1997 möglich gewesen wäre, die Handelsregisteranmeldung der Verschmelzung zu bewirken.

b) Der in der Revisionsinstanz erörterte Artikel im Handelsblatt vom 24.6.1997 ist in den Tatsacheninstanzen nicht erwähnt worden. Er gehört daher nicht zu dem Parteivorbringen, das gemäß § 561 ZPO a.F. der Beurteilung des Revisionsgerichts unterliegt. Inwieweit das Revisionsgericht seine Kenntnis von parlamentarischen Vorgängen und der Berichterstattung über Gesetzgebungsvorhaben nicht allein bei der Gesetzesauslegung, sondern auch bei der Beurteilung eines Haftungsfalles verwerten kann, ist verfahrensrechtlich bisher nicht abschließend geklärt. Einer Vertiefung dieser Frage bedarf es auch hier nicht.

Der Beklagte hat nichts dazu vorgetragen, dass der Kläger den vereinzelt und auf mögliche Änderungen des Umwandlungssteuergesetzes in der Geltendmachung von Verschmelzungsverlusten nur versteckt hinweisenden Artikel vom 24.6.1997 hätte kennen müssen.

Dieses verstand sich entgegen den von der Revision allgemein erhobenen Anforderungen an die Sorgfalt eines Steuerberaters hier nicht von selbst. Denn berücksichtigt man zugunsten des Beklagten den Artikel im Handelsblatt vom 24.6.1997, kann auch nicht daran vorbeigegangen werden, wie die Fachwelt auf die vom Steuergesetzgeber beschlossenen Änderungen reagiert hat.

Übereinstimmend ist beanstandet worden, dass **der Gesetzgeber ohne jede Vorankündigung, in einer Überraschungsaktion, völlig unvorbereitet, mit einer Blitzaktion oder ähnlich diese einschneidenden Gesetzesänderungen rückwirkend beschlossen habe** (Rödter, DStR 1997, 1425; Haritz, GmbHR 1997, 783, 785; Föger/Rieger, DStR 1997, 1427; Dötsch, DB 1997, 2090; Bleimers/Beinert, BB 1997, 1880, 1881; Goutier/Müller, BB 1997, 2242, 2247; Haritz/Slabon, NWB Fach 2, S. 6917; Schwedhelm/Olbing, Die Steuerberatung 1997, 385, 389).

Dem Kläger kann aber nicht eine von dem gesamten Berufsstand geteilte Überraschung gleichwohl als Folge einer Verletzung der verkehrserforderlichen Sorgfalt (§ 276 BGB) vorgeworfen werden. (...)

Fristenkontrolle

- Mündliche Anweisung
 - Konkretisierung
 - Fax an das Gericht
- (BGH, Beschl. v. 22.6.2004 – VI ZB 10/04)

Leitsatz:

Zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, wenn ein Rechtsanwalt seiner Büroangestellten mündlich die Anweisung erteilt hat, die Berufungsschrift per Telefax an das Rechtsmittelgericht zu übermitteln, die Absendung jedoch im Laufe des Tages in Vergessenheit gerät und unterbleibt.

Aus den Gründen:

I.

Die Klägerin hat die Beklagten aufgrund eines Verkehrsunfalls auf Schadenersatz in Höhe von 1.677,93 EUR zzgl. Zinsen in Anspruch genommen. Das Amtsgericht hat die Klage abgewiesen.

Das Urteil ist dem Prozessbevollmächtigten der Klägerin am 2.6.2003 zugestellt worden. Am 20.6.2003 hat die Klägerin Berufung eingelegt. Die Frist zur Begründung der Berufung endete am Montag, dem 4.8.2003. Die Berufungsbegründung ist per Fax am 5.8.2003 eingegangen.

Auf gerichtlichen Hinweis hat die Klägerin am 15.8.2003 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Mit dem angefochtenen Beschluss hat das Landgericht den Antrag im Wesentlichen mit der Begründung zurückgewiesen, die Klägerin habe nicht dargetan, dass im Büro ihres Prozessbevollmächtigten eine zuverlässige Ausgangskontrolle für fristgebundene Schriftsätze stattgefunden habe.

Gegen diese Entscheidung wendet sich die Klägerin mit ihrer Rechtsbeschwerde.

II.

Die Rechtsbeschwerde ist nach § 238 Abs. 2 i.V.m. § 522 Abs. 1 Satz 4, § 574 Abs. 1 Nr. 1 ZPO statthaft. Sie ist jedoch unzulässig, weil die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung hat und die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs nicht erfordern. Die Rechtsfragen, die der Streitfall aufwirft, sind höchststrichterlich geklärt. Eine Divergenz zur Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs liegt nicht vor.

1. Die Rechtsbeschwerde wendet sich nicht gegen die Erwägungen des Beschwerdegerichts hinsichtlich einer unzureichenden Ausgangskontrolle im Büro des Prozessbevollmächtigten der Klägerin. Sie meint jedoch, dieser Gesichtspunkt stehe nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs vorliegend der Wiedereinsetzung deswegen nicht entgegen, weil der Prozessbevollmächtigte der Klägerin seiner – qualifizierten und zuverlässigen – Kanzleiangestellten eine konkrete Einzelanweisung erteilt habe, deren Befolgung die Fristwahrung gewährleistet hätte. Dies habe das Beschwerdegericht verkannt.

2. Richtig ist, dass ein Rechtsanwalt grundsätzlich darauf vertrauen darf, dass eine Büroangestellte, die sich bisher als zuverlässig erwiesen hat, eine konkrete Einzelanweisung befolgt. Er ist deshalb im Allgemeinen nicht verpflichtet, sich anschließend über die Ausführung seiner Weisung zu vergewissern

(st. Rspr., vgl. Senatsurt. v. 6.10.1987 – VI ZR 43/87, VersR 1988, 185 f; Senatsbeschl. v. 11.2.2003 – VI ZB 38/02, VersR 2003, 1462 und v. 9.12.2003 – VI ZB 26/03, MDR 2004, 477; BGH, Beschl. v. 13.4.1997 – XII ZB 56/97, NJW 1997, 1930). Dieser Grundsatz gilt jedoch nicht ausnahmslos.

Betrifft die Anweisung z.B. einen so wichtigen Vorgang wie die Eintragung einer Rechtsmittelfrist und wird sie nur mündlich erteilt, müssen in der Kanzlei ausreichende organisatorische Vorkehrungen dagegen getroffen sein, dass die Anweisung in Vergessenheit gerät und die Fristeintragung unterbleibt. In einem solchen Fall bedeutet das **Fehlen jeder Sicherung** einen entscheidenden Organisationsmangel (Senatsbeschl. v. 5.11.2002 – VI ZR 399/01, VersR 2003, 1459 und v. 4.11.2003 – VI ZB 50/03, NJW 2004, 688; v. Pentz, NJW 2003, 858, 863 f).

Ein solcher Organisationsfehler ist auch im vorliegenden Fall ursächlich dafür, dass die Berufungsbegründung nicht rechtzeitig per Fax an das Berufungsgericht übermittelt worden ist. Ebenso wie die nur mündlich angeordnete Eintragung einer Rechtsmittelfrist schlichtweg vergessen werden kann und deswegen eine besondere Kontrolle erfordert, kann im Einzelfall auch die Gefahr bestehen, dass die nur mündlich angeordnete Absendung eines Schriftsatzes in Vergessenheit gerät. Ein solcher Fall ist hier gegeben, weil der Prozessbevollmächtigte der Klägerin die Anweisung, die Berufungsbegründung per Fax an das Landgericht zu senden, seiner Büroangestellten schon am Vormittag erteilt hatte, **ohne dabei aber eine unverzügliche Ausführung zu verlangen.**

Für den Fall, dass die Absendung am Vormittag unterblieb, bestand die nicht fern liegende Gefahr, dass die Angestellte die Anweisung nach ihrer Mittagspause vergessen könnte. Ein solches Versehen kann auch einer ansonsten stets zuverlässigen Bürokraft unterlaufen. **Deswegen hätte der Prozessbevollmächtigte hier, um seiner Sorgfaltspflicht zu genügen, die klare und präzise Anweisung** (vgl. BGH, Beschl. v. 31.5.2000 – V ZB 57/99, NJW-RR 2001, 209) **erteilen müssen**, die Berufungsbegründung umgehend, jedenfalls aber noch am Vormittag abzusenden.

Sah er davon ab, gereicht ihm zum Verschulden, dass er keine Vorkehrungen dagegen getroffen hat, die Ausführung seiner Anweisung auf andere Weise sicherzustellen oder zu kontrollieren. Gemäß § 85 Abs. 2 ZPO muss sich die Klägerin dieses Verschulden ihres Prozessbevollmächtigten zurechnen lassen. (...)

Fristenkontrolle

- Telefaxnummer, Eingabefehler
 - Sendeprotokoll
 - Büroanweisung
- (BGH, Beschl. v. 22.6.2004 – VI ZB 14/04)

Leitsatz:

Wird die Telefaxnummer aus dem konkreten Aktenvorgang handschriftlich auf den zu versendenden Schriftsatz übertragen, ist eine Verwechslungsgefahr gering. In einem solchen Fall reicht es aus, evtl. Eingabefehler zu korrigieren, indem die gewählte Empfänger Nummer mit der übertragenen Nummer abgeglichen wird.

Aus den Gründen:

I.–II. (...)

1. (...) a) Ein Rechtsanwalt erfüllt seine Verpflichtung, für eine **wirksame Ausgangskontrolle** zu sorgen, **bei Einsatz eines Telefaxgerätes** zwar nur dann, wenn er seinen dafür zuständigen Mitarbeitern die Weisung erteilt, sich **nach der Übermittlung eines Schriftsatzes einen Einzelnachweis ausdrucken** zu lassen, auf dieser Grundlage die Vollständigkeit der Übermittlung zu überprüfen und die **Notfrist erst nach Kontrolle des Sendeberichts zu löschen** (vgl. Senatsbeschl. v. 18.5.2004 – VI ZB 12/03, Umdr. S. 3 m.w.N.).

Diese Verpflichtung haben die Prozessbevollmächtigten des Klägers jedoch nicht verletzt. Die nach der Darstellung im Wiedereinsetzungs-gesuch bestehende allgemeine **Anweisung, die Faxnummer aus der ständig aktualisierten „Aktenvita“ zu entnehmen, per Hand in den Schriftsatz einzufügen und sodann nach der Übertragung des Schriftsatzes per Telefax den Einzelsendebericht ausdrucken zu lassen und diesen zu kontrollieren, genügt den Sorgfaltsanforderungen an eine wirksame Ausgangskontrolle.**

b) Der Senat setzt sich mit dieser Auffassung nicht in Widerspruch zu den Anforderungen im Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 30.3.1995 – 2 AZR 1020/94 (*BAGE* 79, 379, 381 ff), wonach die Kontrollanweisung des Rechtsanwalts dahin gehen müsse, auch die Richtigkeit der Empfänger-Nummer abschließend zu kontrollieren. Die Rechtsbeschwerde weist mit Recht darauf hin, dass in dem dem Bundesarbeitsgericht zur Entscheidung vorliegenden Fall der das Faxgerät bedienende Mitarbeiter aus einem amtlichen Telefax-Verzeichnis eine falsche Nummer ausgewählt hatte.

Auch der Bundesgerichtshof hat es für erforderlich gehalten, dass bei der Ausgangskontrolle die im Sendebericht wiedergegebene Empfänger-Nummer daraufhin überprüft wird, ob es sich hierbei um die richtige Empfänger-Nummer handelt, wenn das Risiko eines Versehens bei der Ermittlung der Empfänger-Nummer besonders hoch ist, weil z.B. die Empfänger-Nummer von Fall zu Fall aus gedruckten Listen oder elektronischen Dateien herausgesucht werden muss und an einem und demselben Ort mehrere Empfänger in Betracht kommen (vgl. *Senatsbeschl.* v. 18.5.2004 – VI ZB 12/03, z.V.b.; BGH, *Beschl.* v. 24.4.2002 – AnwZ 7/01, *BRAB-Mitt* 2002, 171; offen gelassen im *Beschl.* v. 12.3.2002 – IX ZR 220/01, *VersR* 2002, 1577, 1578).

Im vorliegenden Fall kann von einer hohen Verwechslungsgefahr bei der „Erstermittlung“ der richtigen Telefaxnummer jedoch nicht ausgegangen werden. Wird die Empfänger-Nummer nicht aus einem amtlichen Verzeichnis oder einer Liste, sondern aus dem konkreten Aktenvorgang entnommen, ist eine Verwechslungsgefahr denkbar gering. In einem solchen Fall reicht es deshalb aus, mögliche Eingabefehler zu korrigieren, indem die gewählte Empfänger-Nummer mit der zuvor eingefügten Nummer abgeglichen wird.

2. Mit Recht weist die Rechtsbeschwerde darauf hin, dass im vorliegenden Fall ein etwaiger organisatorischer Fehler im Zusammenhang mit der Ausgangskontrolle außerdem nicht ursächlich geworden wäre für die Versäumung der Berufungsfrist. Die Fristversäumung ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass die Fachangestellte nach der Darstellung des instanzgerichtlichen Prozessbevollmächtigten des Klägers bereits die Weisung missachtet hat, den Schriftsatz an die aus der „Aktenvita“ zu entnehmenden Faxnummer zu senden. Der hiermit begangene Fehler setzte sich bei der anschließenden Überprüfung

des Sendeberichts fort, ohne dass dies durch die von dem Prozessbevollmächtigten angeordnete Ausgangskontrolle verhindert werden konnte. Die abschließende Kontrolle der eingegebenen Telefaxnummer dient insbesondere der Beseitigung von Fehlern, die dadurch entstehen, dass der die Nummer im dafür vorhandenen Verzeichnis Ablesende in eine falsche Zeile gerät.

Eine Verwechslung des Gerichts, wie sie hier unterlaufen ist, lässt sich aber, worauf die Rechtsbeschwerde zutreffend hinweist, durch einen weiteren Vergleich mit der von der Büroangestellten weisungswidrig benutzten Fundstelle der Nummer gerade nicht vermeiden. **Denn wenn die Fachkraft die Weisung missachtet hat, die Nummer aus der „Aktenvita“ zu entnehmen und handschriftlich einzufügen, liegt ein klarer Verstoß gegen die Weisung vor, der für die Fristversäumung ursächlich war. Anerkanntermaßen darf ein Rechtsanwalt darauf vertrauen, dass sein sonst zuverlässiges Personal seine Weisungen befolgt** (vgl. BGH, *Beschl.* v. 5.2.1992 – XII ZB 92/91, *NJW* 1992, 2488, 2489; v. 10.2.1982 – VIII ZR 76/81, *NJW* 1982, 2670; v. 10.6.1998 – XII ZB 47/98, *VersR* 1999, 643). Ein konkretes Einzelverschulden des Personals ist ihm und damit auch dem Kläger nicht anzulasten. (...)

Honorarprozess

- Sozietätsklage
 - Erhöhungsgebühr
 - Gemischte Sozietät
 - Prozessfähigkeit der GbR
- (BGH, *Beschl.* v. 5.1.2004 – II ZB 22/02)

Leitsatz:

Bei Aktivprozessen einer Sozietät von Steuerberatern und Rechtsanwälten hat insbesondere bei der Einziehung von Honorarforderungen die Sozietät Vorsorge dafür zu treffen, dass diese Aufgabe durch ein anwaltliches Sozietätsmitglied allein erledigt wird; eine Erhöhungsgebühr nach § 6 Abs. 1 Satz 2 BRAGO fällt daher nicht an.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger, die in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts eine Wirtschaftsprüfer-, Steuer-

berater- und Rechtsanwaltssozietät betreiben, haben die Beklagte auf Zahlung von Gebühren für steuerberatende Tätigkeiten in Anspruch genommen.

Das Amtsgericht hat der Klage stattgegeben und die Kosten des Rechtsstreits der Beklagten auferlegt. Diese hat gegen das Urteil Berufung eingelegt und – hilfsweise – Widerklage erhoben, mit der sie die Kläger sowie die aus ihnen und weiteren Rechtsanwälten bestehende „L. und Kollegen GbR“ gesamtschuldnerisch auf Zahlung in Anspruch genommen hat.

Das Landgericht hat die Berufung zurückgewiesen und die Widerklage abgewiesen. Mit Kostenfestsetzungsbeschluss vom ... ist dem Antrag der Kläger auf Festsetzung einer Erhöhungsgebühr gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 BRAGO i.H.v. 872,39 EUR stattgegeben worden.

Die sofortige Beschwerde der Beklagten, die sich gegen die für die Berufung festgesetzte Erhöhungsgebühr i.H.v. 226,32 EUR, nicht aber gegen den auf die Widerklage entfallenden Erhöhungsbetrag i.H.v. 646,07 EUR richtete, hat das Landgericht zurückgewiesen und die Rechtsbeschwerde zugelassen. Mit dieser wendet sich die Beklagte nunmehr gegen die gesamte für die Berufungsinstanz festgesetzte Erhöhungsgebühr i.H.v. 872,39 EUR.

Aus den Gründen:

1. Hinsichtlich der in der Berufungsinstanz für die Widerklage gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 BRAGO festgesetzten Erhöhungsgebühr i.H.v. 646,07 EUR ist die Rechtsbeschwerde unzulässig, weil diese Festsetzung mangels Anfechtung durch die Beklagte nicht Gegenstand des Beschwerdeverfahrens vor dem Landgericht war und deshalb auch nicht mit der Rechtsbeschwerde angegriffen werden kann.

2. Die Rechtsbeschwerde ist i.H.v. 226,32 EUR zulässig (§ 574 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 ZPO i.V.m. § 26 Nr. 10 EGZPO) und in der Sache begründet.

a) Zu Unrecht geht das Landgericht davon aus, dass auch in der Berufungsinstanz die Erhöhungsgebühr gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 BRAGO angefallen ist. Nach dieser Vorschrift erhöhen sich die Geschäftsgebühr und die Prozessgebühr in den Fällen, in denen ein Rechtsanwalt für mehrere Auftraggeber in derselben Angelegenheit tätig wird.

Für **Aktivprozesse einer Anwaltssozietät**, insbesondere bei Honorarklagen, fällt nach der ganz überwiegenden obergerichtlichen Rechtsprechung und h.M. in der Literatur **eine Erhöhungsgebühr nach § 6 Abs. 1 Satz 2 BRAGO für den die Anwaltssozietät vertretenden Rechtsanwalt nicht an** (vgl. OLG Düsseldorf, MDR 2000, 851, 852 und NJW-RR 2002, 645, 646; OLG Nürnberg, MDR 1997, 689, 690; OLG Koblenz, JurBüro 2002, 256; JurBüro 1998, 302 ff sowie JurBüro 1994, 729; Hans. OLG Hamburg, MDR 1999, 256; im Ergebnis OLG Köln, JurBüro, 1994, 94; von Eicken, in: Gerold/Schmidt/von Eicken/Madert, BRAGO 15. Aufl. 2002, § 6 Rdnr. 15 m.w.N.; Frauenholz, in: Riedel/Sußbauer, BRAGO 8. Aufl. 2000, § 6 Rdnr. 13; a.A. KG Berlin, MDR 1999, 1023 m.w.H. auf die Gegenansicht).

Dieser Ansicht schließt sich der Senat an. Eine Anwaltssozietät kann ohne weiteres dafür **Vorsorge treffen, dass eine so häufig vorkommende Aufgabe wie die Einziehung einer Honorarforderung durch ein Sozietätsmitglied allein erledigt wird** und dadurch die Prozessführungskosten im Interesse des vertretenen Mandanten möglichst gering gehalten werden.

Dahinstehen kann, ob demgegenüber bei einer nur aus Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern bestehenden Sozietät bei Aktivprozessen § 6 Abs. 1 Satz 2 BRAGO zur Anwendung kommt (bejahend OLG Braunschweig, OLGR 1995, 179 und OLG Schleswig, JurBüro 1994, 731).

Die Anwendbarkeit von § 6 Abs. 1 Satz 2 BRAGO scheidet jedenfalls aber dann aus, wenn – wie im vorliegenden Fall – die Sozietät neben Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern auch aus Rechtsanwälten besteht.

Nicht entscheidend ist, ob eine solche Sozietät **Honoraransprüche für rechtsanwaltliche oder für steuerberatende Tätigkeiten** geltend macht. Auch in den letztgenannten Fällen besteht für eine Sozietät die Verpflichtung, den für den Mandanten kostengünstigsten Weg zu beschreiten.

b) **Ohnedies ist nach der grundlegenden Entscheidung des Senats zur Parteifähigkeit der BGB-Gesellschaft vom 29.1.2001 (II ZR 331/00, BGHZ 146, 341, DStR 2001, 310) – nach Ablauf einer gewissen Übergangszeit (vgl. BGH v. 18.6.2002 – VIII ZB 6/02, NJW 2002, 2958 und v. 26.2.2003 – VIII ZB 69/02, BRAGO-Report 2003, 89) – für die Anwendbarkeit von § 6 Abs. 1 Satz 2 BRAGO jedenfalls beim Aktivprozess einer BGB-Gesellschaft kein Raum mehr.**

Honorar des Kontierers

- Nichtiger Vertrag
 - Zulässige Tätigkeiten
 - Erfüllungsgehilfe Steuerberater
 - Wertersatz des Mandanten
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 28.1.2005 – I-23 U 164/04)

Leitsätze:

1. Gemäß § 6 Nr. 4 StBerG darf den dort genannten Personen lediglich die laufende Buchführung (Kontierung) überlassen werden. Die übrigen Buchhaltungsarbeiten (Einrichten der Buchführung/Aufstellen des Kontenplans/Erstellen von Abschlüssen) sowie die Umsatzsteuervoranmeldungen und sämtliche Steuererklärungen sind uneingeschränkt den steuerberatenen Berufen vorbehalten. Dies gilt auch dann, wenn die zur Hilfeleistung in Steuersachen nicht befugte Person die Arbeiten durch einen steuerlichen Berater als Erfüllungsgehilfen ausführen lässt. Ein entsprechender Vertrag zwischen dem Buchhalter und dem Mandanten ist im Ganzen wegen Verstoßes gegen das Verbot der unbefugten Hilfe in Steuersachen (§ 5 StBerG) gemäß § 134 BGB nichtig.

2. Im Falle unzulässiger Rechts- und Steuerberatung kann dem Berater gegenüber dem Mandanten ein Wertersatzanspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung erwachsen, weil der Mandant die Dienste des Beraters auf dessen Kosten ohne rechtlichen Grund erlangt hat (§§ 812, 818 II BGB). Der Wertersatzanspruch richtet sich nach der Höhe der üblichen oder hilfsweise nach der angemessenen vom Mandanten ersparten Vergütung. Er ist gemäß § 817 Satz 2 BGB ausgeschlossen, wenn sich der Leistende bewusst war, dass er gegen das gesetzliche Verbot verstieß.

Aus den Gründen:

I.

Die Klägerin verlangt von den Beklagten, die in dem hier maßgeblichen Zeitraum ein Reisebüro betrieben, Honorar für Buchhaltungs- und Jahresabschlussarbeiten betreffend die Veranlagungsjahre 1994 bis 1996, die sie in der Zeit von Februar 1997 bis Mai 2001 mit einem Zeitaufwand entsprechend der Stundenaufstellung erledigt haben will. Ihre an die Beklagten adressierten 7 Rechnungen weisen als Tätigkeit „EDV-Dienstleistungen“, den Zeitaufwand und ein Stundenhonorar von 60 DM aus. Auf den

Gesamtrechnungsbetrag von 77.805,40 DM leisteten die Beklagten (z.T. über Abtretung von Steuererstattungsansprüchen) Zahlungen von insgesamt 36.064 DM. Der Restbetrag von 41.741,40 DM (= 21.342,04 EUR) ist Gegenstand der Klageforderung, die die Klägerin in erster Instanz im Termin vom 10.10.2003 nach Rücknahme eines Teilbetrages von 3.000 DM für 50 Stunden Arbeiten zur Vorbereitung von Bilanzen und Steuererklärungen etc. nur in Höhe von 19.808,16 EUR geltend gemacht hatte, in zweiter Instanz jedoch wieder in vollem Umfang geltend macht. (...)

Das Landgericht hat nach Beweisaufnahme über die Stundenaufstellung die Klage abgewiesen und zur Begründung ausgeführt:

Die Klägerin habe nicht bewiesen, dass sie die in der Stundenaufstellung aufgeführten insgesamt 1.122 Stunden geleistet habe. Es bestünden erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Aufstellung und der Verdacht, dass sie nachträglich konstruiert worden sei, da sie mit den 7 Rechnungen nicht in Einklang zu bringen und der Klageschrift nicht beigelegt gewesen sei. Willkürlich sei auch der Umfang der Klagerücknahme für Zuarbeitungstätigkeiten für den ehemaligen Steuerberater W.

Die Klägerin beanstandet mit der Berufung die Beweiswürdigung und rügt insbesondere, dass das Landgericht ihre mit Schriftsatz vom 10.11.2003 vorgelegten umfangreichen Anlagenkonvolute nicht berücksichtigt habe, und nimmt ergänzend Bezug auf ihr erstinstanzliches Vorbringen. Auf den Hinweis in zweiter Instanz, dass der von ihr behauptete Vertrag mit den Beklagten wegen Verstoßes gegen das Verbot der unbefugten Hilfe in Steuersachen gemäß § 134 BGB nichtig sei, trägt sie ergänzend zu einem Anspruch aus § 812 BGB vor.

(Anträge ...)

Die Beklagten nehmen Bezug auf ihr erstinstanzliches Vorbringen und die Ausführungen des Landgerichts und tragen ergänzend vor. Sie meinen, die Klägerin habe zumindest leichtfertig nicht nur gegen das Verbot der unbefugten Hilfe in Steuersachen, sondern auch gegen die Bestimmungen der §§ 146 Abs. 1 AO und 239 Abs. 2 HGB, wonach die Buchführung u.a. zeitgerecht vorzunehmen sei, verstoßen, und bestreiten, dass der Steuerberater W. gegenüber der Klägerin erklärt habe, die Durchführung der Arbeiten durch die Klägerin unter seiner Ein-

schaltung zu rein steuerlichen Themen sei nicht zu beanstanden. Des Weiteren bestreiten sie, Aufwendungen in einer die geleistete Zahlung übersteigenden Höhe erspart zu haben.

II.

Die Berufung der Klägerin ist unbegründet.

Soweit es auf die Anwendung bürgerlichen Rechts ankommt, ist das bis zum 31.12.2001 geltende Recht maßgeblich (Art. 229 § 5 Satz 1 EGBGB).

Die Entscheidung des Landgerichts ist im Ergebnis zutreffend. Auf seine Beweiswürdigung kommt es nicht an. Die vom Landgericht in dem Hinweisbeschluss vom 17.10.2003 zugunsten der Klägerin geäußerte Rechtsauffassung, zwischen den Parteien sei ein wirksamer Vertrag zustande gekommen, ist rechtsfehlerhaft.

Bei richtiger Rechtsanwendung ergeben die gemäß § 529 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen keinen Vergütungsanspruch, der die Zahlung von 36.064 DM übersteigt, und zwar weder aus Vertrag noch aus ungerechtfertigter Bereicherung.

1. Ein wirksamer Vertrag ist zwischen den Parteien selbst nach dem Vortrag der Klägerin nicht zustande gekommen.

Haben sich die Parteien, wie die Klägerin behauptet, im März 1997 darauf geeinigt, dass die Klägerin die gesamte Buchhaltung der Beklagten bzw. der T-Reisen GbR übernimmt, darüber hinaus in Abstimmung mit dem Steuerberater W. auch die Bilanzen und Steuererklärungen erledigt und sämtliche Arbeiten einschließlich derer des Steuerberaters W. den Beklagten in Rechnung stellt, ist der Vertrag wegen **Verstoßes gegen das Verbot der unbefugten Hilfe in Steuersachen (§ 5 StBerG) gemäß § 134 BGB nichtig**.

Dabei kann unterstellt werden, dass der Sachbearbeiter der Klägerin, der Zeuge C., der unstreitig kein Steuerberater ist, über die gemäß § 6 Nr. 4 StBerG erforderliche Ausbildung verfügt hat und daher befugt war, die Kontierarbeiten für die Beklagten zu erledigen. Gemäß § 6 Nr. 4 StBerG darf den dort genannten Personen lediglich die laufende Buchführung (Kontierung) überlassen werden. **Die übrigen Buchhaltungsarbeiten (Einrichten der Buchführung/Aufstellen des Kontenplans/Erstellen von Abschlüssen)**

sowie die Umsatzsteuervoranmeldungen und sämtliche Steuererklärungen sind uneingeschränkt den steuerberatenden Berufen vorbehalten (Senat, Urt. v. 19.10.2001 – 23 U 29/01, OLGR 2002, 210 = GI 2002, 31 mit Hinweisen auf die Rechtsprechung und Literatur). Dies gilt auch dann, wenn die zur Hilfeleistung in Steuersachen nicht befugte Person die Arbeiten durch einen steuerlichen Berater als Erfüllungsgehilfen ausführen lässt (BGH, NJW 1996, 1954; Senat, Urt. v. 20.4.2004 – 23 U 124/03).

Der Vertrag lässt sich auch nicht in einen auf befugtes Kontieren gerichteten wirksamen und einen im Übrigen unwirksamen Teil aufspalten. Er ist vielmehr im Ganzen unwirksam, obwohl er auch erlaubte Tätigkeiten umfasst haben mag (BGH, NJW 2000, 69; NJW 2000, 1560, 1562; Senat, 23 U 124/03).

Es liegen auch ausreichende Anhaltspunkte dafür vor, dass die Klägerin geschäftsmäßig i.S.v. § 5 StBerG Hilfe in Steuersachen geleistet hat. Eine **geschäftsmäßige Ausübung** erfordert keine gewerbsmäßige Tätigkeit; es genügt eine einmalige Tätigkeit, wenn aus den Umständen der Wille erkennbar ist, eine derartige Tätigkeit zu wiederholen (Senat, 23 U 29/01). Dies ist nach den Angaben des vom Landgericht als Zeugen vernommenen Steuerberaters W., er habe mit dem Zeugen C. bereits ein oder zwei kleinere Fälle ähnlich abgewickelt, anzunehmen.

2. Die **Rückabwicklung** des nichtigen gegenseitigen Dienstvertrages hat nach den Grundsätzen der so genannten **Saldotheorie** zu erfolgen. Durch Vergleich der durch den Bereicherungsanspruch hervorgerufenen Vor- und Nachteile wird ermittelt, für welchen Beteiligten sich ein Überschuss ergibt. Dieser Beteiligte ist **Gläubiger eines einheitlichen, von vornherein durch Abzug der ihm zugeflossenen Vorteile beschränkten, Bereicherungsanspruchs** (BGH, NJW 1999, 1181).

Im Falle unzulässiger Rechts- oder Steuerberatung kann dem Berater gegenüber dem Mandanten ein Vergütungsanspruch (Wertersatzanspruch) aus ungerechtfertigter Bereicherung erwachsen, weil der Mandant die Dienste des Beraters auf dessen Kosten ohne rechtlichen Grund erlangt hat, so dass der Berater einen **Anspruch auf Wertersatz** hat (§§ 812, 818 Abs. 2 BGB), **der sich nach der Höhe der üblichen oder hilfsweise nach der angemessenen, vom Vertragspartner ersparten, Vergütung richtet** (BGH, NJW 2000, 1562).

Die Dienstleistung aufgrund eines nichtigen Geschäftsbesorgungsvertrages ist nicht wertlos, wenn der Mandant sonst eine andere – zur Geschäftsbesorgung befugte – Person beauftragt hätte und an diese eine entsprechende Vergütung hätte zahlen müssen.

Diese Abwicklung nach Bereicherungsrecht soll nicht demjenigen, der eine gesetzwidrige Geschäftsbesorgung vornimmt, auf einem Umweg entgegen § 134 BGB doch eine Vergütung verschaffen, sondern nur verhindern, dass der Empfänger daraus einen ungerechtfertigten Vorteil zieht (*BGH, a.a.O.*). Einer Umgehung dieser Vorschrift soll § 817 Satz 2 BGB vorbeugen. **War sich der Leistende bewusst, dass er gegen das gesetzliche Verbot verstieß, schließt diese Bestimmung einen Bereicherungsanspruch des Leistenden aus** (*BGH, a.a.O.*).

Bei Anwendung dieser Grundsätze scheidet ein Anspruch der Klägerin aus ungerechtfertigter Bereicherung deswegen aus, weil diese nicht dargelegt hat, dass die Beklagten durch die Entgegennahme ihrer Leistungen Aufwendungen in einer Höhe erspart haben, die den gezahlten Betrag von 36.064 DM übersteigt. Ob ein etwaiger Wertersatzanspruch der Klägerin gemäß § 817 Satz 2 BGB ausgeschlossen wäre, kann offen bleiben.

Durch die Entgegennahme der Buchhaltungsleistungen der Klägerin für die Veranlagungsjahre 1994 bis 1996 haben die Beklagten schon deswegen nicht Aufwendungen in der von der Klägerin geltend gemachten Höhe erspart, weil die nachträglich in den Jahren ab 1997 durch die Klägerin vorgenommene Verbuchung von Geschäftsvorfällen der Jahre 1994 bis 1996 nicht den Anforderungen an eine ordnungsgemäße Buchführung entsprach.

Die Leistungen der Klägerin waren für die Beklagten jedenfalls zu einem großen Teil wertlos. Sie bewirkten keine Änderung zugunsten der Beklagten hinsichtlich der für die Veranlagungsjahre 1994 und 1995 bereits bestandskräftigen Steuerschätzungsbescheide und boten auch keine ausreichende Grundlage für die Jahresabschlüsse und Steuererklärungen hinsichtlich der Veranlagungsjahre ab 1996.

Bei der Besteuerung dürfen gemäß § 158 AO nur die Buchführung und Aufzeichnungen des Steuerpflichtigen zugrunde gelegt werden, die den Anforderungen der §§ 140 bis 148 AO entsprechen. Zu den Anforderungen gehört bei

einem Gewerbebetreibenden, dass die **Buchungen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet** vorgenommen wurden. Das ergibt sich aus § 238f HGB und § 146 Abs. 1 AO. Hier fehlte es zumindest an einer zeitgerechten Verbuchung. Der Bescheid des Finanzamts vom 13.6.2001 über die gesonderte und einheitliche Feststellung von Besteuerungsgrundlagen für 1996 lässt **den Schluss** zu, dass die Buchungen der Kläger auch aus anderen Gründen beanstandet wurden, denn im Ergebnis wurde von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1996 erklärten Verlust von 233.114,63 DM ein Verlust von nur 125.276,01 DM anerkannt.

Es kann unterstellt werden, dass die Leistungen der Klägerin für die Beklagten nicht völlig wertlos waren. Die Klägerin hat aber nicht schlüssig dargelegt, dass die Beklagten für den verwertbaren Teil der Leistung ein Honorar von mehr als 36.064 DM hätten zahlen müssen, wenn sie eine andere – zur Geschäftsbesorgung befugte – Person mit der Erbringung dieser Leistung beauftragt hätten.

Dem Steuerberater W. hätten die Beklagten ohne schriftliche Vereinbarung nur das in der StBGebV vorgesehene Honorar zahlen müssen. Dass dieses Honorar den Betrag von 36.064 DM überstiegen hätte, ist nicht feststellbar. Die Aufstellung der Klägerin vom 22.10.2004 zu den hypothetischen Steuerberaterkosten endet mit einem Betrag von nur 21.457,70 DM. Darin enthalten sind Aufwendungen von 2.583 DM für Steuererklärungen betreffend die Veranlagungsjahre 1994 und 1995 und 4.108 DM für Bilanzen/GuV 1994 und 1995, deren Notwendigkeit angesichts der bereits vorliegenden bestandskräftigen Steuerbescheide zu bezweifeln ist.

Ebenfalls nicht schlüssig begründet hat die Klägerin ihre Behauptung, die Beklagten hätten einem Steuerberater zusätzlich zu den in der Aufstellung aufgeführten Buchungsgebühren gemäß § 33 Abs. 1 StBGebV Zeitgebühren in der von ihnen geltend gemachten Höhe nach § 33 Abs. 7 StBGebV zahlen müssen.

Die Gebühr nach § 33 Abs. 1 StBGebV erfasst grundsätzlich sämtliche Buchführungstätigkeiten. Dass „sonstige Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Buchführung“, die der Steuerberater gemäß § 33 Abs. 7 StBGebV gesondert mit der Zeitgebühr hätte berechnen können, angefallen sind, ist der Stundenaufstellung und dem weiteren Vortrag der Klägerin nicht zu entnehmen. (...)

Steuerberater als Anlagevermittler

- Anlageberatung
 - Verschweigen von Provisionen
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 18.1.2005 - I-23 U 174/04)

Leitsätze:

1. Wird ein Steuerberater gegenüber seinem Mandanten für eine Bauträgerin als Anlagevermittler tätig, kommt zwischen ihm und seinem Mandanten ein Auskunftsvertrag mit Haftungsfolgen zumindest stillschweigend zustande, wenn der Mandant deutlich macht, dass er, auf eine bestimmte Anlageentscheidung bezogen, seine, des Steuerberaters, besonderen Kenntnisse und Verbindungen in Anspruch nehmen will, und der Steuerberater mit der Vermittlungstätigkeit beginnt. Dem steht nicht entgegen, dass die eigentliche Anlageberatung von der Bauträgerin vorgenommen wurde.

2. Offenbart der Steuerberater seinem Mandanten im Rahmen dieses Auskunftsvertrages nicht das ihm vom Bauträger erteilte Provisionsversprechen, verletzt er schon allein deshalb seine vertraglichen Pflichten.

Aus den Gründen:

I.

Der Kläger nimmt den beklagten Steuerberater wegen mangelhafter Auskunft bzw. Beratung im Zusammenhang mit einer Anlagevermittlung bzw. Anlageberatung auf Schadenersatz in Anspruch. (...)

Das Landgericht hat nach Beweisaufnahme der Klage im Wesentlichen stattgegeben und zur Begründung ausgeführt:

Der Beklagte habe Nebenpflichten aus seinem mit dem Kläger geschlossenen Steuerberatervertrag verletzt, weil er es unterlassen habe, diesen vor einer Anlage in eine Eigentumswohnung der Seniorenresidenz F. zu warnen und darüber aufzuklären, dass er für die Vermittlung des Verkaufs von Eigentumswohnungen Provisionen erhalte. Es könne dahinstehen, ob der Beklagte dem Kläger bereits 1999 eine Anlage vermittelt habe. Es reiche aus, dass der Beklagte Anfang Januar 2000 von dem inzwischen rückabgewickelten Kaufvertrag aus dem Jahr 1999 und auch davon Kenntnis erlangt

habe, dass der Kläger erneut den Versuch unternehmen wollte, eine Wohnung zu erwerben.

Selbst wenn der Beklagte anlässlich dieses Gesprächs lediglich mit der Erstellung einer Steuererklärung beauftragt worden sein sollte, hätte er die vertragliche Nebenpflicht gehabt, vor dem beabsichtigten Wohnungserwerb zu warnen. Das Risiko sei für den Beklagten offensichtlich gewesen, da er bereits 1998 fünf Wohnungen erworben hatte und das Bauvorhaben längst ins Stocken geraten war. Noch deutlicher und drängender hätte der Beklagte Anfang Januar 2001 auf die Risiken hinweisen müssen, und zwar auch dann, wenn zu dieser Zeit keine Objektberatung stattgefunden habe. Des Weiteren hätte der Beklagte den Kläger über seine Provisionseinnahmen informieren müssen.

Die Pflichtverletzungen des Beklagten seien schuldhaft und auch kausal für den Wohnungserwerb gewesen. Der Erwerb der Eigentumswohnung stelle sich für den Kläger schon allein aufgrund der Bauverzögerung als Schaden dar. In Anwendung des Rechtsgedankens des § 255 BGB sei der Beklagte zur Erstattung des Kaufpreises nur Zug um Zug gegen Übertragung der Rechte des Klägers gegen die Firma I.-C. verpflichtet. Der Beklagte habe dem Kläger außerdem die an die BHW geleisteten Zinsraten, die Erwerbskosten und die Kostenrechnung seiner Prozessbevollmächtigten vom 27.2.2003 zu ersetzen. Ein Mitverschulden sei dem Kläger nicht anzulasten.

Der Beklagte hat Berufung eingelegt und zur Begründung ausgeführt:

Das angefochtene Urteil beruhe auf prozessualen Fehlern, einer unzureichenden Beweiswürdigung und der Verkennung des Umfangs der Pflichten eines Steuerberaters. Seine Tätigkeit sei ausschließlich steuerberatender Natur gewesen und habe sich auf zwei Gespräche, nämlich im Januar 2000 und Januar 2001, beschränkt. In den Erwerb der Wohnung sei er überhaupt nicht eingeschaltet gewesen.

Ohne Auftrag sei er nicht gehalten gewesen, Ratschläge zur Wirtschaftlichkeit einer Anlagemöglichkeit zu geben. Es gehe nicht an, ein Beratungsverhältnis allein daraus abzuleiten, dass der Steuerberater zur Anlageentscheidung des Mandanten schweigt. Die Mitteilung einer Provisionsabrede sei nicht geboten gewesen, weil es eine solche bezüglich der Immobilie des Klägers nicht gegeben habe. Das Landgericht

habe nicht näher begründet, inwieweit die Anlage beim letzten Gespräch im Januar 2001 überhaupt „schadengeneigt“ gewesen sein könnte, zumal der Zeuge P. bekundet habe, dass die wirtschaftliche Situation des Projektes im Jahr 2001 noch keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben habe.

Soweit das Landgericht die Auffassung vertreten habe, der Beklagte habe eine Nebenpflicht aus dem Steuerberatervertrag verletzt, habe es die Anforderungen an die Beratungspflicht des Steuerberaters überspannt. Zur Prüfung eines bestimmten Anlagemodells sei der Steuerberater nur aufgrund eines Auftrags verpflichtet. Das gelte auch für seine Pflicht, auf offen zutage liegende wirtschaftliche Fehlentscheidungen hinzuweisen. Das reine Steuerberatermandat verpflichte den Steuerberater nur, steuerliche Nachteile zu vermeiden. Jedenfalls sei ein Mitverschulden des Klägers so gravierend, dass eine Nebenpflichtverletzung des Beklagten nicht ins Gewicht fiele.

(Anträge ...)

II.

Die Berufung des Beklagten ist zulässig, hat jedoch in der Sache keinen Erfolg.

Die angefochtene Entscheidung des Landgerichts beruht im Ergebnis nicht auf einer Rechtsverletzung. Die nach § 529 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen rechtfertigen keine andere Entscheidung.

Soweit es auf die Anwendung bürgerlichen Rechts ankommt, ist das bis zum 31.12.2001 geltende Recht maßgeblich (Art. 229 § 5 Satz 1 EGBGB).

Der Beklagte haftet in der vom Landgericht zuerkannten Höhe auf Schadenersatz aus dem Gesichtspunkt der positiven Forderungsverletzung eines im Jahr 1999 zwischen den Parteien im Rahmen einer Anlagevermittlung stillschweigend geschlossenen Vertrages auf Auskunfterteilung.

1. Im Rahmen der Anlagevermittlung kommt zwischen dem Anlageinteressent und Anlagevermittler ein Auskunftsvertrag mit Haftungsfolgen zumindest stillschweigend zustande, wenn der Interessent deutlich macht, dass er, auf eine bestimmte Anlageentscheidung bezogen, die besonderen Kenntnisse und Verbindungen des Vermittlers in Anspruch nehmen will, und der Vermittler die gewünschte Tätigkeit beginnt (BGH, NJW-RR 1993, 1114; NJW-RR 2003, 1690). Ein solcher Auskunftsvertrag ist zwischen den Parteien Anfang 1999 bei dem Treffen im Haus der Eltern des Klägers zustande gekommen.

Nach dem Ergebnis der Parteianhörung und Beweisaufnahme vor dem Senat steht fest, dass der Beklagte im Jahr 1998 im Interesse der Bauträgerin der Seniorenresidenz F., der I.-C. Immobilien P. GmbH und Co. KG, und mit Rücksicht auf die ihm von dieser versprochenen Provisionen den Vertrieb der Eigentumswohnungen (mit-) übernommen hatte und Anfang 1999 bei dem Treffen mit dem Kläger und seinen Familienangehörigen im Hause der Eltern des Klägers gegenüber allen Anwesenden als Anlagevermittler aufgetreten ist.

Der Kläger und die Zeugen A. und B. haben anschaulich geschildert, dass der Beklagte bei dem Treffen Anfang 1999 im Zusammenhang mit der Erörterung von Steuervorteilen den Anwesenden den Erwerb einer Eigentumswohnung in der Seniorenresidenz F. als sichere Anlage dargestellt und bereits auf Einzelheiten, nämlich eine 10-jährige Mietgarantie, Bürgschaft und bereits abgeschlossene Mietverträge und auch darauf hingewiesen habe, dass er selbst einige Wohnungen gekauft habe.

Dieser Darstellung hat der Beklagte bei seiner Anhörung nicht widersprochen. Er hat vielmehr eingeräumt, 1998 und Anfang 1999 selbst fünf Eigentumswohnungen erworben, über 20 Eigentumswohnungen vermittelt und in 12 Fällen eine Provision von jeweils 10.000 DM erhalten zu haben. Des Weiteren hat er eingeräumt, bei dem Treffen im Haus der Eltern des Klägers Anfang 1999 den Anwesenden eine entsprechende Anlage empfohlen und zum Ausdruck gebracht zu haben, dass er von der Anlage überzeugt sei. Dem Verlauf des Gesprächs, wie es die Parteien und Zeugen im Senatstermin geschildert haben, konnte der Beklagte entnehmen, dass jedenfalls der Kläger und seine Geschwister seine besonderen Kenntnisse über das Anlageobjekt und seine Verbindungen zur Bauträgerin in Anspruch nehmen wollten. Damit ist zwischen ihm und den Interessenten stillschweigend ein Auskunftsvertrag zustande gekommen.

Dem steht seine zusätzliche Aussage nicht entgegen, er habe den Interessenten ein gesondertes Beratungsgespräch angeboten, für das es

Zuschüsse vom Land gegeben hätte und bei dem ein Konzept erstellt worden wäre, das Kreditinstituten hätte vorgestellt werden können; dieses Angebot habe jedoch keiner der Anwesenden angenommen. Diese Aussage schließt lediglich die Annahme eines Anlageberatungsvertrages, nicht dagegen die Annahme eines Auskunftsvertrages im Rahmen einer Anlagevermittlung aus.

Stellung und Aufgaben eines Anlagevermittlers und eines Anlageberaters sind unterschiedlich (BGH, a.a.O.). Während bei der Anlagevermittlung der werbende und anpreisende Charakter im Vordergrund steht, wird bei einer Anlageberatung die fachkundige Bewertung und Beurteilung, zugeschnitten auf die persönlichen Verhältnisse des Anlegers, erwartet. Eine solche Anlageberatung hat nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme im Verhältnis zwischen den Parteien in der Tat weder 1999 noch später stattgefunden. Die Anlageberatung hat vielmehr der Zeuge P. übernommen.

2. Der Anfang 1999 zwischen den Parteien zustande gekommene Vertrag zielt auf **Auskunftserteilung** ab. Er verpflichtete den Beklagten zu richtiger und vollständiger Information über diejenigen tatsächlichen Umstände, die für den Anlageentschluss der Interessenten von besonderer Bedeutung waren (BGH, a.a.O.). Diese Pflichten hat der Beklagte nicht vollständig erfüllt.

Für den Anlageentschluss des Klägers (und seiner Geschwister) war u.a. **von erheblicher Bedeutung die Vermittlungsprovision, die dem Beklagten von der Bauträgerin für ihre erfolgreiche Nennung als Interessenten versprochen worden war und die der Beklagte unstreitig nicht offenbart hat.** Offenbart ein Steuerberater seinem Mandanten im Rahmen einer Anlagevermittlung nicht das ihm vom Bauträger erteilte Provisionsversprechen, verletzt er schon allein deshalb seine Pflichten aus dem Auskunftsvertrag (BGH, NJW-RR 1987, 1381).

a) Die erhöhten Anforderungen an die Informationspflichten eines Anlagevermittelnden Steuerberaters beruhen auf seinem besonderen Vertrauensverhältnis zum Mandanten. **Der Mandant hat einen Anspruch darauf, dass sein Steuerberater seine Fragen mit völliger Objektivität beantwortet, sich also ausschließlich vom Mandanteninteresse leiten und sich nicht durch unsachliche Gesichtspunkte, insbesondere nicht durch zu erwartende persönliche Vermögensvorteile, beeinflussen lässt.**

Durch eine Provisionsvereinbarung gerät der steuerliche Berater in die Gefahr, seinen Mandanten nicht mehr unvoreingenommen zu beraten. In einer solchen Lage kann er dem Vorwurf des Treuebruchs nur dadurch entgehen, dass er dem Mandanten das ihm erteilte Provisionsversprechen offenbart (BGH, NJW 1985, 2523).

Aus diesem Grund ist es dem Steuerberater **auch standesrechtlich** nicht erlaubt, sich Vermittlungsprovisionen für die erfolgreiche Nennung seiner Mandanten als Anlageinteressenten versprechen zu lassen, wenn er dies nicht offenbart (BGH, NJW-RR 1987, 1381).

b) Der Beklagte hat seine Anlageempfehlung gegenüber dem Kläger im Zusammenhang mit steuerberatender Tätigkeit ausgesprochen. Er hat bei seiner informatorischen Anhörung vor dem Senat selbst eingeräumt, dass er anlässlich des Familientreffens Anfang Januar 1999 u.a. dem Kläger wie schon in einigen Jahren zuvor beim Ausfüllen seiner Jahreslohnsteuererklärung geholfen und steuerrechtliche Fragen beantwortet hat.

Aufgrund der Aussage der Zeugin B. und der Angaben des Klägers anlässlich seiner informatorischen Anhörung geht der Senat des Weiteren davon aus, dass der Kläger hierfür ein Entgelt erhielt. Selbst wenn man dem Beklagten folgen und von einer unentgeltlichen Tätigkeit ausgehen wollte, ändert sich nichts daran, dass dessen Anlageempfehlung im Zusammenhang mit einer steuerberatenden Tätigkeit und auf die konkrete Frage des Klägers und seiner Geschwister nach Steuersparmöglichkeiten erfolgte.

3. Der Beklagte hat seine Pflicht zur Offenbarung des Provisionsversprechens schuldhaft verletzt. Sein Verschulden ist in entsprechender Anwendung des § 282 BGB a.F. zu vermuten.

Es gehört zu den Grundkenntnissen eines Steuerberaters, dass Vermittlungsprovisionen eines Bauträgers für die erfolgreiche Nennung von Mandanten als Interessenten ohne Offenbarung des Provisionsversprechens nicht erlaubt sind.

4. Die schuldhafte Auskunftspflichtverletzung Anfang 1999 ist für die Anlageentscheidungen des Klägers sowohl im April 1999 als auch im August 2001 **ursächlich geworden**, ohne dass es auf die streitigen Gespräche zwischen den Parteien in der Zwischenzeit ankommt.

Mit überwiegender Wahrscheinlichkeit (§ 287 ZPO) **und auch nach der Lebenserfahrung** (BGH, NJW-RR 1987, 1381) ist davon auszugehen, dass der Kläger bei einer Offenbarung des Provisionsversprechens im Jahr 1999 von dem Abschluss eines Kaufvertrages Abstand genommen hätte. Er hätte den nahe liegenden Schluss gezogen, dass die Anpreisungen des Beklagten aufgrund seiner Einbindung in die Vermarktung der Wohnungen und der erhofften persönlichen Vermögensvorteile nicht unvoreingenommen waren.

Sein Interesse an einer steuermindernden Vermögenslage war nicht so hoch, dass er sich über ein erkennbares Eigeninteresse des Beklagten an der Vermarktung der Eigentumswohnungen hinweggesetzt und die Anlage trotzdem getätigt hätte. Große Steuervorteile hatte er nicht zu erwarten, da sein Einkommen so niedrig war, dass sogar die Finanzierung des Kaufpreises aus dem im April 1999 unterzeichneten Kaufvertrag scheiterte. Er besaß auch kein Kapital, dessen Anlage erstrebenswert war.

Nach seinen Angaben erhielt er von Provisionszahlungen der Bauträgerin erst nach Abschluss des zweiten Kaufvertrages Kenntnis. Eine Kenntnis vor Unterzeichnung des zweiten Kaufvertrages oder gar vor Unterzeichnung des ersten Kaufvertrages kann der Aussage des Zeugen P. vor dem Landgericht, er habe mit dem Kläger und seinen Familienangehörigen darüber gesprochen, dass für die Vermittlung von Kunden Provisionen gezahlt würden, nicht entnommen werden. Diese Aussage ist in zeitlicher Hinsicht unergiebig.

Hätte der Kläger im April 1999 keinen Kaufvertrag unterzeichnet, wären die Kosten dieses Vertrages nicht angefallen und es folglich auch nicht dazu gekommen, dass die Bauträgerin ihn wegen übernommener Kosten eines gescheiterten Kaufvertrages gedrängt hätte, eine erneute Kaufverpflichtung einzugehen, wie sie es mit den Schreiben vom 8.2.2000 und 12.7.2001 getan hat. Es ist mit überwiegender Wahrscheinlichkeit (§ 287 ZPO) davon auszugehen, dass der Kläger sich aufgrund seiner verhältnismäßig engen finanziellen Verhältnisse bei ordnungsgemäßer Aufklärung und ohne Druck der Bauträgerin überhaupt nicht für eine Anlage entschieden hätte.

5. Die Ausführungen des Landgerichts zum Schaden sind rechtsfehlerfrei und werden mit der Berufung auch nicht beanstandet.

6. Ohne Erfolg wird mit der Berufung der Einwand des Mitverschuldens weiterverfolgt. Es kommt nicht darauf an, ob der Kläger aufgrund des im Jahr 1999 abgeschlossenen Vertrages bei Unterzeichnung des zweiten Kaufvertrages im August 2001 hätte wissen müssen, dass die von der Bauträgerin zugesagte Bauzeit längst überschritten war. Nach den vorstehenden Ausführungen haftet der Beklagte nämlich schon allein deshalb, weil er den Kläger nicht über die ihm von der Bauträgerin zugesagte Provision informiert hat.

Der Informationspflichtige kann dem Geschädigten grundsätzlich nicht nach § 254 BGB entgegenhalten, er habe den Angaben nicht vertrauen dürfen und sei deshalb für den entstandenen Schaden mitverantwortlich. Die gegenteilige Annahme stünde im Widerspruch zum Grundgedanken der Aufklärungs- und Beratungspflicht (BGH, NJW 2004, 1868, 1870).

7. Der Schriftsatz des Beklagten vom 5.1.2005 rechtfertigt nicht die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung. Die darin geäußerte Auffassung, der Kläger leite seine Schadenersatzansprüche nur aus der umstrittenen Tätigkeit des Beklagten im Zusammenhang mit dem zweiten Kaufvertrag ab, trifft nicht zu. Bereits in der Klageschrift hat der Kläger seinen Schadenersatzanspruch sowohl auf die Anlageempfehlung des Beklagten im Jahr 1999 als auch auf seine Einflussnahme auf den zweiten Vertragsschluss gestützt. (...)

Insolvenzverwalter

- Zahlungszusage, Lieferungen
 - Persönliche Einstandspflicht
 - Auslegung der Anwaltserklärung
- (OLG Celle, Urt. v. 26.5.2004 - 3 U 287/03)

Leitsätze:

1. Vertragliche Willenserklärungen der Parteien sollen in aller Regel einen rechtserheblichen Inhalt haben; sie dürfen daher im Zweifel nicht so ausgelegt werden, dass sie sich als sinnlos oder wirkungslos erweisen.

2. Die Erklärung einer Insolvenzverwalterin, sie komme persönlich für die Bezahlung erbrachter Leistungen auf, kann als eigener Schuldbetritt der Verwalterin auszulegen sein.

Zum Sachverhalt:

Die Beklagte ist Insolvenzverwalterin über das Vermögen der KG H.L. GmbH. Nach der Verfahrenseröffnung am 4.1.2002 teilte die Beklagte der Klägerin mit, sie habe in ihrer „Eigenschaft als Insolvenzverwalter“ verfügt, dass die Produktion wieder aufgenommen werde und die Zusammenarbeit der Schuldnerin mit der Klägerin weitergeführt werden solle. Weiter heißt es: „Für die Bezahlung Ihrer erbrachten Leistungen komme ich ab Eröffnungsbeschluss des Insolvenzverfahrens persönlich auf.“

Die Klägerin lieferte der Gemeinschuldnerin in der Folgezeit Baustoffe. Die Höhe der sich hieraus ergebenden Forderung ist mit 51.808,32 EUR unstrittig. Der Ausgleich der Forderung ist nicht zu erwarten, da die Beklagte am 13.8.2003 die Unzulänglichkeit der Masse nach § 208 InsO angezeigt hat.

Die Klägerin nimmt daher die Insolvenzverwalterin persönlich auf Zahlung in Anspruch. Deren Haftung ergebe sich aus dem Wortlaut des Schreibens vom 11.3.2002.

Die Berufung der Beklagten hatte keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

Mit zutreffender Begründung hat das Landgericht dem gegen die Beklagte persönlich gerichteten Zahlungsbegehren der Klägerin entsprochen. Die Beklagte hat in ihrem Schreiben vom 11.3.2002 persönlich den Ausgleich der von ihr als Insolvenzverwalterin begründeten Verbindlichkeiten zugesichert; sie ist damit der Zahlungsverpflichtung der Gemeinschuldnerin beigetreten.

1. Bei der **Auslegung** des vom früheren Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin W. unterzeichneten Schreibens der Beklagten ist in erster Linie der Wortlaut der Erklärung und der **diesem zu entnehmende objektiv erklärte Parteiwille zu berücksichtigen** (BGH v. 23.4.2002 - XI ZR 136/01, BGH-Report 2002, 902 = MDR 2002, 899; v. 10.12.1992 - I ZR 186/90, BGHZ 121, 13, 16 = MDR 1993, 635; v. 27.11.1997 - IX ZR 141/96, MDR 1998, 441 = WM 1998, 776 f; v. 3.4.2000 - II ZR 194/98, WM 2000, 1195 f), wobei die Auslegung zu berücksichtigen hat, dass vertragliche Willenserklärungen nach dem Willen der Parteien in aller Regel einen rechtserheblichen Inhalt haben sollen und daher **im Zweifel nicht**

so ausgelegt werden dürfen, dass sie sich als sinnlos oder wirkungslos erweisen (BGH v. 18.5.1998 - II ZR 19/97, WM 1998, 1535, 1536).

2. Die Erklärung vom 11.3.2002 spricht ihrem Wortlaut nach eindeutig für eine eigene persönliche Einstandspflicht der Beklagten. Maßgeblich ist insoweit die Formulierung in dem von der Beklagten verfassten Schreiben, ab Eröffnungsbeschluss komme sie „persönlich“ für die Bezahlung erbrachter Leistungen auf. Durch die Wortwahl „persönlich“ wird ein deutlicher Gegensatz zum zweiten Absatz jenes Schreibens hergestellt, in dem die Beklagte mitteilt, sie habe in ihrer „Eigenschaft als Insolvenzverwalter“ verfügt, dass die Produktion wieder aufgenommen werden solle, in dem sie also ausdrücklich darauf hinweist, dass sie insoweit nicht persönlich, sondern in Ausübung des ihr übertragenen Amtes tätig geworden ist.

Diese, auf eine persönliche Haftung der Beklagten hindeutende Auslegung entspricht dem üblichen Sprachgebrauch der beteiligten Kreise. So beinhaltet etwa die Erklärung eines Anwalts, er stehe persönlich für bestimmte Verfahrenskosten ein, die Zusage, selbst, also aus eigenen Mitteln, zumindest als Zweitschuldner für Verfahrenskosten aufkommen zu wollen.

3. Berechtigterweise hat die Klägerin die Erklärung im Schreiben vom 11.3.2002 auch als persönliche Einstandspflicht der Beklagten verstanden. Gerade von der Beklagten als Rechtsanwältin konnte und durfte die Klägerin erwarten, dass diese bei Abgabe einer Erklärung, in der sie die persönliche Haftung zusagte, mit dieser Wortwahl auch das zum Ausdruck bringen wollte, was üblicherweise im Rechts- und Geschäftsverkehr **mit dem Begriff „persönlich“** zum Ausdruck gebracht wird; dass nämlich die Beklagte, um die Fortführung des Betriebes der Gemeinschuldnerin, der auf Lieferungen der Klägerin angewiesen war, sicherstellen zu können, für die entstehenden Forderungen die eigene Einstandspflicht begründen wollte, der Ausgleich der Forderungen mithin nicht nur von der – aus Sicht der Klägerin nicht zahlungsfähigen – insolventen Gemeinschuldnerin, sondern auch von der Beklagten persönlich geschuldet sein sollte.

4. Die Erklärung der Beklagten, sie habe mit der Formulierung, persönlich für die Bezahlung der erbrachten Leistungen aufkommen zu wollen, lediglich auf ihre (persönliche) Haftung als Insolvenzverwalterin nach § 61 KO hingewiesen,

überzeugt demgegenüber nicht. Gegen eine solche Auslegung spricht, dass die Beklagte keinesfalls davon ausgehen durfte, dass die Regelung des § 61 InsO, auf die sie im weiteren Schreiben in keiner Weise Bezug genommen hat, der Klägerin bekannt war oder nur bekannt sein könnte.

Im Übrigen stünde eine solche Auslegung im Widerspruch zu dem – gerade bei der Erklärung einer Anwältin Bedeutung erlangenden – **Grundsatz, dass vertragliche Willenserklärungen nach dem Willen der Parteien in aller Regel einen rechtserheblichen Inhalt haben sollen und daher im Zweifel nicht so ausgelegt werden dürfen, dass sie sich als sinnlos oder wirkungslos erweisen** (BGH v. 18.5.1998 – II ZR 19/97, WM 1998, 1535; v. 23.4.2002 – XI ZR 136/01, BGH-Report 2002, 902 = MDR 2002, 899). Hierauf liefe jedoch eine Auslegung, die Beklagte habe lediglich auf die persönliche Haftung nach § 61 InsO hinweisen wollen, hinaus. Hierfür wäre eine Erklärung der Beklagten nicht erforderlich gewesen, da die Haftung des Insolvenzverwalters nach § 61 InsO kraft Gesetzes besteht.

5. Die Beklagte kann sich auch nicht darauf berufen, aufgrund des Inhalts von Vorgesprächen, die die Parteien vor der Wiederaufnahme der Baustofflieferung durch die Klägerin geführt habe, sei eine andere Auslegung des Schreibens vom 11.3.2002 in dem Sinne, dass lediglich eine Haftung der Beklagten nach § 61 Abs. 1 InsO gewollt gewesen sei, geboten.

Ihr im Berufungsverfahren in Bezug genommenes Vorbringen erster Instanz, sie habe erklärt, der Ausgleich der klägerischen Rechnungen sei unproblematisch, da sie als Verwalterin hafte, wenn die Masse für die Erfüllung der Verbindlichkeiten nicht ausreiche, ist insoweit unbehelflich.

Gerade vor dem – unstreitigen – Hintergrund, dass die Klägerin im Hinblick auf künftige Lieferungen an die Gemeinschuldnerin eine Sicherung begehrte, lässt die Erklärung der Beklagten, dass sie als Verwalterin hafte, wenn die Masse für die Erfüllung der Verbindlichkeiten nicht ausreiche, keineswegs den Schluss zu, hiermit sei keine persönliche Haftung, sondern lediglich eine Einstandspflicht nach § 61 InsO gemeint gewesen. Vielmehr konnte und durfte die Klägerin auch diese dem Wortlaut des Schreibens vom 11.3.2002 weitgehend

entsprechende Erklärung in dem Sinne verstehen, dass der Ausgleich ihrer Forderungen auch für den Fall der Unzulänglichkeit der Masse gesichert sein sollte.

Eine solche Sicherung bestand jedoch im Fall der Masseunzulänglichkeit **gerade nur bei einer persönlichen Einstandspflicht der Beklagten**, da eine Haftung der Beklagten als Verwalterin nach § 61 InsO bei Masseunzulänglichkeit nur dann eingreift, wenn die Unzulänglichkeit der Masse für die Verwalterin bei Eingehung der Verbindlichkeit bereits zu erkennen war.

Im Übrigen begründet, was ebenfalls gegen den Vortrag der Beklagten spricht, § 61 InsO keine Verpflichtung der Insolvenzverwalterin zum Ausgleich von Masseschulden, sondern einen Anspruch auf Schadenersatz. Von Schadenersatzansprüchen und den Voraussetzungen, unter denen diese in Betracht kommen, war jedoch weder in den Vorgesprächen der Parteien vor Wiederaufnahme der Lieferungen die Rede noch findet sich ein Hinweis hierauf im Schreiben der Beklagten vom 11.3.2002. **Dort ist vielmehr der Ausgleich vertraglich begründeter Zahlungsansprüche zugesichert.**

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflichten
- Keine BFH-Rechtsprechung
- Pflicht zur Einholung einer Auskunft des Finanzamts?
- Schaden?

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.1.2004 – 23 U 28/03)

Leitsätze:

1. Die von einem Steuerberater im Rahmen seines Mandats zu erteilenden Hinweise und Belehrungen haben sich zunächst an der jeweils aktuellen höchstrichterlichen (finanzgerichtlichen) Rechtsprechung auszurichten. Besteht zu einer konkreten steuerrechtlichen Frage im Beratungszeitraum eine höchstrichterliche Rechtsprechung (noch) nicht, kann von dem Steuerberater regelmäßig nicht erwartet werden, dass er die künftige Rechtsprechung anhand bisher vorliegender Entscheidungen zu ähnlichen Fällen voraussieht und bei seiner Entscheidung bereits im Vorgriff berücksichtigt.

2. Fehlt eine höchstrichterliche Rechtsprechung, ist ein Steuerberater auch verpflichtet, weitere Quellen für die Rechtsprüfung auszuschöpfen, wie vor allem die Rechtsprechung der Untergerichte und das einschlägige Schrifttum. Darüber hinaus hat der Steuerberater auch eine feste Verwaltungsübung der zuständigen Finanzbehörden zu berücksichtigen.

Die Intensität der gebotenen Prüfung der Rechtslage und der Beratung wird dabei durch die Bedeutung der Angelegenheit für den Mandanten mitbestimmt.

3. Fehlt zu einer steuerrechtlichen Einzelfrage jegliche auch untergerichtliche Rechtsprechung und ergibt sich aus der vorliegenden steuerrechtlichen Literatur kein eindeutiger Meinungsstand, sondern ein uneinheitliches Bild, begründet dies Zweifel an der künftigen voraussichtlichen Entscheidung der Finanzverwaltung und der finanzgerichtlichen Rechtsprechung auch dann, wenn in dem maßgeblichen OFD-Bezirk zwar eine bestimmte Verwaltungsübung besteht, die Verwaltungspraxis in anderen Bezirken aber insgesamt uneinheitlich ist.

4. Über diese Zweifel sowie über Wege, steuerliche Nachteile sicher zu vermeiden, muss der Steuerberater den Mandanten aufklären.

Das kann jedenfalls bei erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Beratung die Verpflichtung des Steuerberaters einschließen, den Mandanten auf die Möglichkeit einer verbindlichen Auskunft des Finanzamts hinzuweisen bzw. diese zu beantragen.

5. Die verbindliche Auskunft liegt im Ermessen der Finanzbehörde. Sie wird nach den näheren Maßgaben des Schreibens des BMF vom 24.6.1987 (BStBl I, 474) erteilt.

Für die Beurteilung der haftungsausfüllenden Kausalität ist die mutmaßliche Behördenentscheidung jedenfalls dann maßgeblich, wenn sie sich nicht als Fehlgebrauch des Ermessens darstellen würde oder – in den Fällen, in denen sich eine ständige Verwaltungspraxis herausgebildet hatte – die Gesetzwidrigkeit dieser Praxis weder offensichtlich war noch öffentlich diskutiert wurde und daher ihr Fortbestand nicht gewährleistet war.

Aus den Gründen:

A.

Die Klägerinnen machen als Erbinnen des Herrn B. einen Schadenersatzanspruch gegen die Beklagten als die steuerlichen Berater des Erblassers geltend. Betroffen ist eine Beratung des Erblassers durch die Beklagten zur steuerrechtlichen Behandlung einer Veräußerung von gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen.

Der Erblasser war Kommanditist einer GmbH & Co. KG und veräußerte mit Vertrag vom 27.8.1996 eine Teilkommanditeinlage von 20% an einen Mitarbeiter. Weiter wurde auch ein Anteil von 20% an der Komplementär-GmbH übertragen. Die Klägerinnen werfen den Beklagten vor, durch eine unzureichende Beratung eine unnötig hohe Versteuerung des Veräußerungsgewinns bewirkt zu haben. Der auf die Hälfte ermäßigte Steuersatz gemäß §§ 16, 34 EStG konnte nämlich deshalb nicht angewendet werden, weil der Mitunternehmeranteil des Erblassers auch Sonderbetriebsvermögen umfasste, das zu den wesentlichen Betriebsgrundlagen zu rechnen war, das aber nicht mit einem entsprechenden Bruchteil mit veräußert wurde. (...)

Das Landgericht hat die Klage mit der Begründung abgewiesen, den Beklagten sei eine Pflichtverletzung nicht vorzuwerfen. Die Klägerinnen hätten darüber hinaus nicht ausreichend substantiiert zur Kausalität vorgetragen und den ihnen entstandenen Schaden nicht schlüssig dargelegt.

Hiergegen richtet sich die Berufung der Klägerinnen, mit der sie unter Wiederholung und Vertiefung ihres erstinstanzlichen Vortrags ihre Schadenersatzansprüche weiter verfolgen.

Zur Begründung vertreten sie die Ansicht, die Beklagten hätten sich bei der Beratung im Jahr 1996 nur unzureichend mit der damaligen Rechtsprechung und Literatur auseinander gesetzt. Wären die Beklagten ihren Verpflichtungen zur Prüfung der Rechtslage nachgekommen, hätten sie bereits Ansätze für die spätere Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs erkennen können. Sie hätten dann Anlass gehabt, eine Bindung des zuständigen Finanzamts an die dem Erblasser günstige Handhabung der Finanzämter des Jahres 1996 im Wege einer verbindlichen Auskunft des zuständigen Finanzamts zu erzielen.

Jedenfalls hätten sie den Erblasser auf die Risiken einer Veräußerung der Gesellschaftsanteile ohne zugehöriges Betriebsvermögen hinweisen müssen. Dann hätte der Erblasser sicherheits- halber auch das Betriebsvermögen mit übertragen, was eine sichere Anwendung des ermäßig- ten Steuersatzes zur Folge gehabt hätte.

(Anträge ...)

Die Beklagten wiederholen und vertiefen eben- falls ihren erstinstanzlichen Vortrag und sind der Ansicht, die Rechtslage ausreichend geprüft zu haben. Die spätere BFH-Rechtsprechung zu den Voraussetzungen, unter denen bei einer Anteilsveräußerung der ermäßigte Steuersatz anzuwenden sei, habe von ihnen nicht voraus- gesehen werden können. Sie behaupten, weder wäre der Erblasser bereit gewesen, einen ent- sprechenden Miteigentumsanteil an dem Betriebsgrundstück mit zu übertragen, noch wäre der Erwerber zum Erwerb finanziell in der Lage gewesen.

B.

Die zulässige Berufung der Beklagten hat in der Sache ganz überwiegend mit Ausnahme nur eines Teils des Zinsanspruchs Erfolg. Das Land- gericht hat die Klage zu Unrecht in vollem Um- fang abgewiesen. Im Umfang der Abänderung beruht die Entscheidung des Landgerichts auf einer Rechtsverletzung (§ 546 ZPO, § 513 ZPO).

Soweit es auf die Anwendung bürgerlichen Rechts ankommt, ist das bis zum 31.12.2001 geltende Recht maßgeblich (Art. 229 § 5 Satz 1 EGBGB).

I.

Die Klägerinnen haben gegen die Beklagten als Gesamtschuldner einen Schadenersatz- anspruch in Höhe von 330.040,19 EUR wegen positiver Verletzung des zwischen dem Erb- lasser als Rechtsvorgänger der Klägerinnen und den Beklagten bestehenden Steuerberater- vertrages.

1. Der die Beratung vornehmende Beklagte zu 1) hat eine Pflicht aus dem Steuerberatervertrag **dadurch verletzt, dass er den Erblasser nicht auf die im Beratungszeitraum bestehende steuerrechtliche Unsicherheit hinwies und eine Klärung nicht dadurch herbeiführte, dass er beim zuständigen Finanzamt die Erteilung einer verbindlichen Auskunft beantragte.**

a) Im Rahmen seines Auftrags hat der Steuer- berater seinen Mandanten umfassend zu be- raten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten. Insbesondere muss der Steuerbera- ter seinen Auftraggeber möglichst vor Schaden bewahren; deswegen muss der Steuerberater den **sichersten Weg** zu dem erstrebten steuer- lichen Ziel aufzeigen und sachgerechte Vor- schläge zu dessen Verwirklichung unterbreiten. Er hat den Mandanten **in die Lage zu versetzen, eigenverantwortlich seine Rechte und Interes- sen wahren und eine Fehlentscheidung ver- meiden zu können** (BGH, NJW 1995, 2108 m.w.N.).

Welche konkreten Pflichten aus diesen allge- meinen Grundsätzen abzuleiten sind, richtet sich **nach dem erteilten Mandat** und den Um- ständen des Falles. Die Hinweise und Belehrun- gen des rechtlichen Beraters haben sich an der jeweils aktuellen **höchstrichterlichen Recht- sprechung** auszurichten, dies sogar dann, wenn er selbst deren Ansicht nicht teilt (BGH, NJW 1993, 2799 m.w.N.; Senat, Urt. v. 20.11.2001 – 23 U 20/01, GI 2002, 114).

Der rechtliche Berater darf in der Regel **auf ihren Fortbestand vertrauen** (Senat, a.a.O.). Gleichwohl gibt es Grenzen des Vertrauens auf den Fortbestand einer höchstrichterlichen Rechtsprechung. **Der Steuerberater hat ab- weichende Stimmen im Schrifttum und bei Gerichten der unteren Instanzen zu beachten, wenn sie evident auf eine neue Rechtsent- wicklung hinweisen und eine neue Antwort auf bisher nicht entschiedene Fragen nahe legen** (Senat, a.a.O.; zur Anwaltschaft BGH, NJW 1993, 3323 f).

Nach der heutigen Rechtsprechung des Bundes- finanzhofs ist, wenn ein Mitunternehmeranteil auch Sonderbetriebsvermögen umfasst, das zu den wesentlichen Betriebsgrundlagen zu rech- nen ist, bei Veräußerung eines Teilanteils der dabei entstehende Gewinn nur dann ermäßigt zu besteuern, wenn auch ein entsprechender Bruchteil des Sonderbetriebsvermögens ver- äußert wird (so die von den Parteien immer wieder zitierte Entscheidung des IV. Senats des BFH v. 24.8.2000, BFHE 192, 534 = DStR 2000, 1768; so auch bereits zuvor der XI. Senat des BFH mit Urteil v. 12.4.2000, BFHE 192, 419 = NJW 2001, 534). Hier gehörte zu der KG auch Grundeigentum als Betriebsvermögen, das nicht mit veräußert wurde. Aus diesem Grund wurde letztlich die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes von der Finanzverwaltung verweigert.

Der Beklagte zu 1) hat eine vertragliche Pflicht nicht dadurch verletzt, dass er bei der Beratung des Erblassers diese höchstrichterliche Rechtsprechung nicht beachtet hätte. Das war nicht möglich, weil der Bundesfinanzhof die hier maßgebliche Frage der ermäßigten Besteuerung einer Anteilsveräußerung erstmals im Jahr 2000 entschied, während die Beratung des Beklagten zu 1) im Vorfeld des Vertragsschlusses (August 1996) stattfand. **Diese Rechtsprechung musste der Beklagte zu 1) nicht voraussehen.** Im Beratungszeitpunkt gab es noch keine höchstrichterliche Rechtsprechung zu der hier maßgeblichen steuerrechtlichen Frage.

b) Fehlt – wie im vorliegenden Fall im Beratungszeitraum – eine höchstrichterliche Rechtsprechung, ist ein Steuerberater auch verpflichtet, **weitere Quellen für die Rechtsprüfung auszuschöpfen, wie vor allem die Rechtsprechung der Untergerichte und das einschlägige Schrifttum** (Zugehör, *DStR* 2001, 1613, 1615).

Eine Rechtsprechung der Finanzgerichte existierte im Jahr 1996 – soweit ersichtlich – noch nicht, so dass der Beklagte zu 1) sich im Wesentlichen auf die **Literatur** und auf die bis dahin veröffentlichte höchstrichterliche Rechtsprechung zu ähnlichen Fragen, aus denen Hinweise auf eine künftige Entwicklung der Rechtsprechung zu entnehmen waren, stützen musste. Darüber hinaus hat der Steuerberater auch eine feste **Verwaltungsübung** der zuständigen Finanzbehörden zu berücksichtigen (*BGH, NJW* 1995, 3248). Die Intensität der gebotenen Prüfung der Rechtslage und der Beratung wird schließlich auch durch die **Bedeutung der Angelegenheit für den Mandanten** mitbestimmt.

Wäre der Beklagte zu 1) diesen Anforderungen hinsichtlich der Prüfung der Rechtslage und der Verwaltungspraxis im Jahr 1996 nachgekommen, hätten sich ihm auch bereits zum damaligen Zeitpunkt Zweifel bei der Beantwortung der Frage aufdrängen müssen, ob zur Vermeidung steuerlicher Nachteile für den Erblasser auch ein entsprechender Anteil am Betriebsvermögen auf den Mitarbeiter S. hätte übertragen werden müssen.

Aus der 1996 vorliegenden steuerrechtlichen Literatur war kein eindeutiges Ergebnis hinsichtlich der Beantwortung dieser steuerrechtlichen Frage und erst recht nicht hinsichtlich der künftigen voraussichtlichen Entscheidung der Finanzverwaltung oder der finanzgerichtlichen Rechtsprechung zu gewinnen.

Das folgt aus dem damaligen uneinheitlichen Meinungsstand, wie er beispielsweise in dem im April 1996 veröffentlichten Aufsatz von Patt/Rasche (*DStR* 1996, 645) wiedergegeben ist. Ergänzend kann auf die Nachweise in dem Gutachten des Des vom Oktober 2001 zur Rechtslage des Jahres 1996 Bezug genommen werden, das der Kläger vorgelegt hat.

Ein Teil der damaligen steuerrechtlichen Literatur sprach sich mit unterschiedlichen Nuancen in der Begründung dafür aus, die Steuerermäßigung des § 34 EStG auch dann zu gewähren, wenn nur ein Teil des Gesellschaftsanteils ohne zugehöriges Sonderbetriebsvermögen veräußert wird (z.B. der bereits vom Landgericht zitierte *Standardkommentar Schmidt, EStG* 15. Aufl., § 16 Rdnr. 410 und andere). Dagegen traten andere Autoren dafür ein, die Tarifvergünstigung nur zu gewähren, wenn alle wesentlichen stillen Reserven des Mitunternehmeranteils aufgedeckt werden. Werden danach wesentliche Betriebsgrundlagen zurückgehalten, war dieser Auffassung zufolge die Veräußerung eines Teils des Gesellschaftsanteils nicht steuerlich begünstigt (z.B. *Wollny, FR* 1989, 713; *Weber, DB* 1991, 2560; *Althans, BB* 1993, 1060). Zu diesen Autoren gehörte mit Herrn Wollny immerhin ein Richter am Bundesfinanzhof.

Offen bleiben kann, in welchem Umfang im Einzelnen ein Studium dieser Literatur von einem Steuerberater erwartet werden kann.

Die Anforderungen an einen in der Praxis tätigen Steuerberater dürfen insoweit **nicht überspannt werden** – auch nicht bei Fehlen einer höchstrichterlichen Rechtsprechung. Jedenfalls musste sich bereits bei einem flüchtigen Blick in einen der Standardkommentare für den Beklagten zu 1) der soeben angerissene Meinungsstand zeigen, der eine eindeutige Antwort auf die maßgebliche Frage nicht zuließ.

Die Unsicherheit des Jahres 1996 darüber, ob die bloße Übertragung eines ideellen Teils des Gesellschaftsanteils für die Steuerbegünstigung ausreicht, wurde noch durch eine in diesem Zeitpunkt bereits vorliegende Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 19.3.1991 bestärkt (*BFHE* 164, 260 = *BStBl II* 1991, 635 = *DStR* 1991, 872). Danach findet nämlich die Tarifvergünstigung der §§ 16, 34 EStG bei der Veräußerung eines Mitunternehmeranteils keine Anwendung, wenn gleichzeitig Wirtschaftsgüter des Sonderbetriebsvermögens zum Buchwert in einen anderen Betrieb des Mitunternehmers überführt werden.

Zwar war in diesem Fall der gesamte Anteil veräußert worden. Grund der Nichtgewährung der Steuerbegünstigung war aber auch hier der Umstand, dass nicht die stillen Reserven aller wesentlichen Betriebsgrundlagen aufgedeckt wurden. Mit dieser Begründung leitet der Bundesfinanzhof seine im Jahr 2000 entwickelte Rechtsprechung zur Veräußerung eines Mitunternehmeranteils auch ausdrücklich aus der älteren Entscheidung ab (BFH, NJW 2001, 534, 535).

Außerdem umfasste auch nach der im Jahr 1996 bereits bestehenden Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs der Mitunternehmeranteil den Gesellschaftsanteil und das dem einzelnen Mitunternehmer zuzurechnende Sonderbetriebsvermögen (siehe die Nachweise bei BFH, a.a.O.). Der damalige Kommentar von Schmidt zum EStG (§ 16 Rdnr. 410), der die spätere Auffassung des Bundesfinanzhofs nicht teilte und die Mitübertragung des Betriebsvermögens nicht für erforderlich hielt, wies auch ausdrücklich auf diese gegen seine Auffassung sprechende Rechtsprechung hin („... obwohl der Mitunternehmeranteil eines Gesellschafters grundsätzlich sein Betriebsvermögen umfasst ...“).

Diese beiden, im Jahr 1996 bereits vom Bundesfinanzhof entschiedenen Fragen mussten den Beklagten zwar nicht in die Lage versetzen, die Rechtsprechung des Jahres 2000 vorzusehen. Immerhin vertraten in der Literatur in Kenntnis dieser Rechtsprechung weiterhin gewichtige Stimmen die von der späteren BFH-Rechtsprechung abweichende Auffassung. Auch entschied das FG Münster noch im Jahr 1998 im Sinne der Auffassung der Beklagten (DStRE 1999, 138).

Es kann auch offen bleiben, ob ein Steuerberater zu einer derartigen Analyse der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs überhaupt verpflichtet ist. Im vorliegenden Zusammenhang **genügt die Feststellung, dass es damals eine Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs noch nicht gab und aus seinerzeit vorliegenden Entscheidungen eine eindeutige Prognose zugunsten der Auffassung des Beklagten zu 1) nicht gewonnen werden konnte, sondern sich daraus eher die gegenteilige Auffassung des Bundesfinanzhofs andeutete.**

Die **Praxis der Finanzverwaltung** war im Jahr 1996 bundesweit nicht einheitlich (Märkle, DStR 2001, 685, 686), wenngleich zwischen den Parteien nicht streitig ist, dass im hier maßgeblichen Bezirk der OFD Düsseldorf damals

noch einheitlich eine anteilige Mitübertragung des Betriebsvermögens nicht verlangt wurde. Letzteres ergibt sich auch aus der Einkommensteuer-Gruppenbesprechung bei der OFD Düsseldorf im Dezember 1996. Das Besprechungsprotokoll vom 20.12.1996 verweist auf die bereits erwähnte Entscheidung des Bundesfinanzhofs aus dem Jahr 1991 und folgert daraus, dass sich seither die bisher h.M. nicht mehr aufrechterhalten lasse.

Der Sinn der Besprechung kann nur dahin verstanden werden, dass damit für die Zukunft, also frühestens ab 1997, eine Handhabung im Bezirk der OFD Düsseldorf dahin erreicht werden sollte, dass eine Mitübertragung des Betriebsvermögens erforderlich ist. Das ergibt nur Sinn vor dem Hintergrund einer bis dahin bestehenden entgegengesetzten Übung. Unerheblich ist, dass die Beklagten bestritten haben, dass die von den Klägerinnen vorgelegte Kopie den Inhalt der Besprechung korrekt wiedergibt. Die oben gezogene Schlussfolgerung entspricht nämlich ganz dem Vortrag der Beklagten zu der entsprechenden Übung des Jahres 1996.

Trotz dieser Übung im Bezirk der OFD Düsseldorf mussten sich dem Beklagten zu 1) nach der gebotenen Prüfung Zweifel zeigen, die ein Vertrauen auf den Fortbestand der Verwaltungspraxis ausschlossen. Die Übung beruhte nämlich weder auf irgendeiner, schon gar nicht auf einer gefestigten Rechtsprechung noch auf einer allgemeinen Verwaltungsanweisung noch entsprach sie einer einhelligen Auffassung in der Literatur. Ob allgemein angesichts einer bestehenden Verwaltungspraxis Gegenstimmen in der Literatur und das Fehlen einer Rechtsprechung allein ausreichen, um zu weiterer Beratung Anlass gebende Zweifel bei dem Steuerberater zu wecken, kann offen bleiben.

Das gilt aber jedenfalls in Fällen wie dem vorliegenden, in denen es um erhebliche wirtschaftliche Folgen für den Mandanten geht. Hier stand eine Steuerermäßigung in einer Höhe von über 333.000 EUR auf dem Spiel. Gerade dann bestehen bei zweifelhaftem rechtlichem Hintergrund erhöhte Anforderungen an eine Beratung, die den Mandanten in die Lage versetzen muss, eigenverantwortlich in Kenntnis sämtlicher steuerrechtlicher Risiken eine sachgerechte Entscheidung zu treffen.

Entgegen der Auffassung des Landgerichts genügt nicht, dass der Steuerberater sich eine vertretbare Lösung aus mehreren denkbaren

Möglichkeiten herausucht. Es kommt bei unsicherer Rechtslage nicht auf die Vertretbarkeit einer bestimmten Entscheidung aus der Sicht des Steuerberaters an. Die Entscheidung selbst muss letztlich der umfassend, gerade auch hinsichtlich der Risiken zutreffend und vollständig beratene Mandant treffen.

Der Beklagte zu 1) hätte den Erblasser aber nicht nur über die Risiken aufklären müssen, um ihm dann letztlich die Entscheidung zu überlassen, ob er das Risiko in Kauf nehmen oder durch Mitübertragung des Grundstücksanteils vermeiden will. Vielmehr hätte der Beklagte zu 1) darüber hinaus und sogar in erster Linie versuchen müssen, diese Unsicherheit zu vermeiden, **indem er sich um eine verbindliche Auskunft des Finanzamts bemühte.**

Der Steuerberater ist nämlich in erster Linie verpflichtet, dem Anliegen des Mandanten so weit wie möglich und steuerrechtlich zulässig Rechnung zu tragen und zu versuchen, die Vorstellungen des Mandanten umzusetzen. Diese gingen hier zunächst dahin, den Anteil ohne zugehörigen Grundstücksanteil auf den Mitarbeiter zu übertragen.

Dieses Ziel hätte der Beklagte zu 1) in bereits vor Vertragsschluss „abgesicherter“ Weise erreichen können, wenn er eine entsprechende verbindliche Auskunft des Finanzamts erreicht hätte. Dann wäre nämlich eine Mitübertragung des Grundstücksanteils überhaupt nicht notwendig gewesen, auch nicht „sicherheitshalber“ zur Vermeidung eines restlichen Risikos aus einer künftigen höchststrichterlichen Rechtsprechung. An die entsprechende verbindliche Auskunft wäre die Finanzverwaltung nämlich gebunden gewesen.

2. Hätte der Beklagte zu 1) pflichtgemäß vor der Anteilsübertragung im August 1996 eine verbindliche Auskunft des Finanzamts beantragt, wäre diese nach Auffassung des Senats zum damaligen Zeitpunkt, also in der ersten Jahreshälfte 1996, mutmaßlich noch in der Weise erteilt worden, dass die Mitübertragung eines Grundstücksanteils für die Inanspruchnahme des ermäßigten Steuersatzes nicht erforderlich ist.

Bei der Beurteilung, ob dem Mandanten aus fehlerhafter Beratung ein **Schaden** entstanden ist, hat das für den Regressprozess zuständige Gericht grundsätzlich **nicht darauf abzustellen, wie die zuständige Verwaltungsbehörde oder**

das damals angerufene Gericht ohne die Pflichtverletzung tatsächlich entschieden hätte, sondern aufgrund der gesamten Sach- und Rechtslage selbstständig darüber zu befinden, wie das betreffende Verfahren ohne den dem Berater zur Last fallenden Fehler richtigerweise hätte ausgehen müssen.

Dieser **Grundsatz der selbstständigen Rechtsprüfung** durch das Regressgericht beruht auf der Wertung, dass dem Kläger im Wege des Schadenersatzes nichts zugesprochen werden darf, worauf er keinen Anspruch hat. Sie erfährt aber dann eine **Ausnahme**, wenn der Verwaltungsbehörde ein Ermessensspielraum zustand oder eine Bindung aufgrund allgemeiner Verwaltungsübung eingetreten war.

In solchen Fällen ist die **mutmaßliche Behördenentscheidung** festzustellen und jedenfalls dann maßgeblich, wenn sie sich nicht als Fehlgebrauch des Ermessens darstellen würde oder – in den Fällen, in denen sich eine ständige Verwaltungspraxis herausgebildet hatte – die Gesetzeswidrigkeit dieser Praxis weder offensichtlich war noch öffentlich diskutiert wurde und daher ihr Fortbestand nicht gewährleistet war (BGH, NJW 1993, 2799; NJW 1995, 3248, 3249; Ganter, NJW 1996, 1310, 1313, 1314 m.w.N.).

Letztgenannter Fall liegt hier vor. Die Erteilung der verbindlichen Auskunft liegt im Ermessen der Finanzbehörde. Sie wird nach den näheren Maßgaben des Schreibens des BMF vom 24.6.1987 (BStBl I, 474) erteilt. Im vorliegenden Fall wäre dies mutmaßlich in der ersten Hälfte des Jahres 1996 dahin geschehen, dass die Mitübertragung eines Grundstücksteils zur Inanspruchnahme der Tarifiermäßigung nicht erforderlich ist.

Zum damaligen Zeitpunkt bestand nämlich – wie bereits ausgeführt – noch eine entsprechende Praxis der Finanzämter im Bezirk der OFD Düsseldorf, deren Gesetzeswidrigkeit weder offensichtlich noch öffentlich diskutiert worden war und die frühestens als Folge der Besprechung im Dezember 1996 beendet wurde. Auch die Beklagten behaupten nichts Abweichendes.

Ergänzend kann noch auf den Bericht über die Betriebsprüfung vom 2.8.1999 hingewiesen werden. Dieser nennt zur Begründung der dort vertretenen Auffassung die „neuere Rechtsprechung“, was für eine früher entgegengesetzte Übung der Finanzämter spricht. Schließlich ist auch darauf zu verweisen, dass sogar der ursprüngliche Einkommensteuerbescheid vom

26.1.1999 fast drei Jahre nach der Beratung durch die Beklagten die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes noch vorsah, wenn er auch unter dem Vorbehalt der Nachprüfung erging. Erst die nachfolgende Betriebsprüfung vertrat eine abweichende Auffassung.

Die verbindliche Auskunft hätte vom Finanzamt auch nicht verweigert werden können. Insbesondere lag ein steuerliches Interesse des Erblassers zur Beantwortung einer konkreten Rechtsfrage vor. Anders als vom Landgericht erwogen, hätte die Auskunft auch nicht deshalb verweigert werden können, weil die Erzielung eines Steuervorteils im Vordergrund gestanden hätte.

Der vorliegende Fall ist mit den in der maßgeblichen Verwaltungsanweisung genannten Beispielen (Steuersparmodelle. Prüfung von Gestaltungsmissbrauch) nicht vergleichbar. Es ging vielmehr um die Frage, wie die Anteilsübertragung konkret auszugestalten war. Dass dabei steuerliche Auswirkungen eine Rolle spielen, ist bei jeder Bitte um eine verbindliche Auskunft selbstverständlich.

3. Hätte das Finanzamt – wie anzunehmen – die Auskunft verbindlich in dem Sinne erteilt, dass eine Mitübertragung des Grundstücks nicht erforderlich ist, um die Tarifiermäßigung in Anspruch zu nehmen, wäre die Belastung des Erblassers mit der Steuernachzahlung einschließlich der Nachzahlungszinsen in geltend gemachter, nicht streitiger und vom Landgericht festgestellter Höhe nicht entstanden. Ein Schaden in dieser Höhe liegt dann vor.

Ein Gesamtvermögensvergleich ist nicht vorzunehmen, weil der Erblasser diesen Vorteil nicht durch eine alternative Gestaltung der Anteilsübertragung, sondern ohne anteilmäßige Übertragung des Grundstücks allein aufgrund der Bindungswirkung der Auskunft erlangt hätte.

II.

(...)

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflicht über strafrechtliches Risiko?
 - Verschulden des Mandanten
 - Frist für Steuererklärung
- (LG München I, Urt. v. 18.5.2004 – 23 O 14802/03)

Leitsatz:

Wer kraft Gesetzes verpflichtet ist, eine steuerrechtliche Erklärung bis zu einem bestimmten Termin bei den Finanzbehörden einzureichen, muss die Einhaltung dieser Frist auch dann überwachen, wenn er einen Steuerberater mit der Erstellung dieser Erklärung beauftragt hat. Wird die Einhaltung dieser Frist vom Steuerberater versäumt, muss der Auftraggeber, nicht der Steuerberater, die sich daraus ergebenden steuerstrafrechtlichen Folgen tragen.

Zum Sachverhalt:

Die mit der Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldungen betraute und nunmehr beklagte Steuerberaterin (Beklagte) hatte es versäumt, für das Jahr 1998 die Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben. Der insoweit aus abgetretenem Recht vorgehende Kläger nimmt die Beklagte auf Ersatz von 50.000 EUR in Anspruch, die sich zum einen aus der Zahlung einer Geldauflage in Höhe von 40.000 EUR zusammensetzt, die seinerzeit gezahlt werden musste, um das eingeleitete Steuerstrafverfahren einzustellen, zum anderen aus Anwaltskosten in Höhe von 10.000 EUR.

Der Kläger macht darüber hinaus den Ersatz von Säumniszuschlägen und Säumniszinsen geltend, die gegen ihn vom Finanzamt verhängt worden seien, weil er seine eigenen Einkommen- und Umsatzsteuererklärungen erst verspätet habe abgeben können, nachdem die Beklagte nach Beendigung des Auftrages sich geweigert habe, die ihr überlassenen Steuerunterlagen zeitnah zurückzugeben.

Schließlich habe die Beklagte auf der Lohnsteuerkarte des Klägers für das Jahr 2000 einen viel zu hohen Freibetrag eintragen lassen, was dann später zu einer Einkommensteuernachzahlung von rund 100.000 DM geführt habe. Da er, der Kläger, weder mit einer Nachzahlung in dieser Höhe gerechnet noch das Geld zur Verfügung gehabt habe, habe er die Steuerschuld mit fremden Mitteln finanzieren und dafür hohe Zinsen zahlen müssen. Auch diesen Zins-schaden müsse die Beklagte übernehmen.

Die Klage hatte keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

Die Klage ist zulässig, jedoch nicht begründet. Die geltend gemachten Schadenersatzansprüche stehen dem Kläger nicht zu.

I.

Schadenersatzansprüche für aufgewendete Kosten im Strafverfahren:

Die aus abgetretenem Recht geltend gemachten Schadenposten kann der Kläger nicht auf die Beklagte abwälzen. Zwar blieb unbestritten, dass es zu den Aufgaben der Beklagten gehört hätte, u.a. die in Rede stehenden Umsatzsteuervoranmeldungen zu erstellen. Die Beklagte hat dies nicht getan und dadurch gegen ihre vertraglichen Pflichten verstoßen. **Aber dennoch ist dem Mitgeschäftsführer nicht ein fremdes Verschulden zugerechnet, sondern ein eigenes zur Last gelegt worden.**

Er war kraft Gesetzes verpflichtet, die Umsatzsteueranmeldung abzugeben, oder wenn er Dritte mit deren Erstellung beauftragt hat, die Rechtzeitigkeit der Abgabe zu überwachen. Nur weil er gegen diese unmittelbar ihn treffende Pflicht verstoßen hat, sah er sich einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren ausgesetzt.

Deshalb muss er auch die mit diesem Strafverfahren verbundenen Kosten selbst tragen. Denn auch insoweit muss er für eigenes und nicht für fremdes Verschulden einstehen.

Zwar ist es richtig, dass allein aus diesen Überlegungen heraus die Ersatzpflicht eines Dritten für diese Kosten nach den Regeln des bürgerlichen Rechts nicht ausgeschlossen ist (vgl. BGH v. 14.11.1996 – IX ZR 215/95, NJW 1997, 519). Aber eine Einstandspflicht der Beklagten würde voraussetzen, **dass das übernommene Mandat auch die vertragliche Pflicht begründet hätte, die Auftraggeberin bzw. deren Geschäftsführer vor der Begehung einer Steuerstraftat und deren Folgen zu schützen.** Davon kann im vorliegenden Fall nicht ausgegangen werden.

Die Beklagte hat es übernommen, die steuerrechtlichen Interessen der Auftraggeberin wahrzunehmen und deren Steuerlast möglichst gering zu halten. Nicht war es ihre Aufgabe, deren Geschäftsführer von gesetzlich vorge-

schriebenen Überwachungspflichten freizustellen und damit vor strafrechtlicher Verfolgung zu bewahren. **Wer kraft Gesetzes verpflichtet ist**, eine steuerrechtliche Erklärung bis zu einem bestimmten Termin bei den Finanzbehörden einzureichen, muss die Einhaltung dieser Frist auch dann überwachen, wenn er einen Dritten mit der Erstellung dieser Erklärung beauftragt.

Die Klagepartei hat nicht dargetan, dass die Parteien etwas anderes vereinbart hätten. Es sind auch keine Umstände vorgetragen, aus denen sich etwas anderes ergeben würde. Die Überwachung einer Frist, die bei Einreichung einer Erklärung an die Finanzbehörden eingehalten werden muss, ist eine **einfache Aufgabe, die von jedermann beachtet werden kann.** Dazu bedarf es keiner Fachkenntnisse. Die Beklagte war nicht als Fachberaterin eingeschaltet, um diese Frist einhalten zu können. **Insoweit wurde nicht ihre Sachkunde beansprucht.**

Ob dann etwas anderes gegolten hätte, wenn die Geschäftsführer in Ausübung ihrer Überwachungspflicht durch falsche Angaben der Beklagten dazu veranlasst worden wären, der Sache nicht mehr weiter nachzugehen, kann dahinstehen. Dieser Sachverhalt liegt nicht vor. Das behauptet auch der Kläger nicht. Ebenso kann offen bleiben, ob die Beklagte dann entstehen müsste, wenn sie in gesetzwidriger Weise beraten hätte und die Geschäftsführer sich deshalb eines Ermittlungsverfahrens ausgesetzt gesehen hätten. Auch so liegen die Dinge nicht.

Es geht im vorliegenden Fall nicht darum, komplizierte Vertragswerke und andere steuerrechtliche Konstruktionen zu durchschauen, sondern allein darum, eine Frist einzuhalten. **Der Kläger wirft der Beklagten keinen Beratungsfehler vor, sondern lediglich eine Untätigkeit.** Die Geschäftsführer der Auftraggeberin waren somit durch den erteilten Auftrag nicht davon befreit, ihren eigenen gesetzlichen Überwachungspflichten gegenüber den Finanzbehörden nachzukommen und nicht davor geschützt, die Folgen im Falle der Zuwiderhandlung selbst tragen zu müssen. Diese Aufgabe hat die Beklagte nicht übernommen. Diesen Schutzzweck hat der Vertrag mit der Beklagten nicht gehabt.

Dieselben Überlegungen kommen zum Zuge, soweit der Kläger aus eigenem Recht Anwaltskosten in Höhe von 168,20 EUR geltend gemacht hat.

II.

Schadenersatz wegen Säumniszuschlägen und Verspätungszinsen:

Auch mit diesem Anspruch kann der Kläger nicht durchdringen. Zwar ist es durchaus richtig, dass die Beklagte nach Beendigung des steuerrechtlichen Mandats verpflichtet gewesen wäre, die ihr überlassenen Unterlagen an den Kläger als den Auftraggeber zurückzugeben. Aber der Kläger **hat nicht ausreichend substantiiert und schlüssig dargetan, dass die geltend gemachten Säumnisbelastungen gerade auf die verspätete Zurückgabe der im Besitz der Beklagten befindlichen Unterlagen zurückzuführen seien und die Beklagte dies zu vertreten habe.**

Es genügt nicht, einfach zu behaupten, der Kläger habe ohne die zurückgehaltenen Unterlagen die Steuererklärungen für das Jahr 2000 nicht erstellen können. Er hätte vielmehr **im Einzelnen darlegen müssen, welche Unterlagen die Beklagte nicht herausgegeben hat** und warum er ohne diese nicht in der Lage gewesen sei, die Steuererklärungen abgeben zu können. Hierzu fehlt jede detaillierte Darstellung.

Hinzu kommt noch Folgendes: Wie sich aus den vorgelegten Anlagen ergibt, wurde der Kläger mit Säumniszinsen für die Zeit ab 1.4.2000 bis 21.6.2003 belastet. Der Kläger hat seinem eigenen Vorbringen zufolge die Beklagte erstmals mit Schreiben vom 3.4.2002 aufgefordert, die erhaltenen Steuerunterlagen herauszugeben. Ein Verzug der Beklagten über den gesamten Zeitraum, für den Verspätungszuschläge erhoben worden sind, ist deshalb nicht schlüssig dargelegt.

Schließlich darf auch folgender Gesichtspunkt nicht unberücksichtigt bleiben:

Zu einem schlüssigen Vorbringen hätte auch gehört, dass der Kläger dargetut, **wann er die Unterlagen zurückerhalten und wann er die Steuererklärungen eingereicht hat**, und darüber hinaus, dass eine zeitlich frühere Einreichung nicht möglich gewesen wäre. Nur in diesem Fall hätten die Beklagte, wenn überhaupt, die gesamten geltend gemachten Zinsen treffen können. Auch hierzu hat der Kläger keine Ausführungen gemacht. Das Gericht ist deshalb nicht in der Lage zu überprüfen, ob und in welchem Umfang der Beklagten die geltend gemachten Verspätungszinsen zuzurechnen sind.

Diese Unzulänglichkeit des tatsächlichen Vortrags geht zulasten der Klagepartei. Sie war insoweit darlegungs- und beweispflichtig. Dem Kläger war auch nicht nochmals Gelegenheit gegeben, seinen Sachvortrag zu vervollständigen. Er wurde bereits mit Beschluss vom 13.1.2004 auf die Ergänzungsbedürftigkeit seines bisherigen Vorbringens hingewiesen. Aus denselben Überlegungen heraus scheitert auch der geltend gemachte Verspätungszuschlag in Höhe von 204,52 EUR.

III.

Schließlich kann der Kläger die Beklagte auch nicht für die durch die Fremdfinanzierung seiner Steuerschuld entstandenen Zinskosten in Anspruch nehmen. Das Vorbringen des Klägers ist nicht schlüssig. Die Beklagte hat ihm keinen zurechenbaren Schaden zugefügt. **Auch der Kläger behauptet nicht, dass sich seine Steuerlast durch das der Beklagten vorgeworfene Verhalten vergrößert hätte.** Er hat die aufgrund seines Einkommens festgesetzte Steuer entrichtet und nicht mehr.

Es kann auch zugunsten des Klägers unterstellt werden, dass er mit einer Steuernachzahlung in der tatsächlich angefallenen Höhe nicht gerechnet hat. **Aber in dieser Erwartung ist er rechtlich nicht geschützt.** Ihr Fehlschlagen ruft grundsätzlich keinen Vermögensschaden hervor. Denn auf die Steuerlast nimmt dieser Umstand keinen Einfluss. Und dass sich der Kläger unerwartet einer größeren Nachzahlungspflicht gegenüber sah, ist nur **die Kehrseite eines ihm zuvor zuteil gewordenen Vorteils.**

Er hat bis dahin keine oder nur geringe Steuervorauszahlungen erbracht. Das Risiko, sich einer Steuernachzahlung gegenüber zu sehen, hat allein er zu tragen. Er muss Rücklagen bilden oder sonstwie für Liquidität sorgen, um seine Steuerschuld bezahlen zu können. Wenn er das unterlässt und die Steuerschuld fremdfinanzieren muss, dann hat er auch die damit verbundenen Kosten zu tragen. Es geht um seine Steuerschuld. Und für die muss allein er aufkommen.

Ob etwas anderes gegolten hätte, wenn die Beklagte auf ausdrückliche Anfrage des Klägers eine falsche Auskunft über die bevorstehende Nachzahlung gegeben hätte, und der Kläger im Vertrauen darauf anders disponiert hätte, kann dahinstehen. Denn so liegen die Dinge nicht. (...)

GI Hinweise

Das Prozessformularbuch

Das Prozessformularbuch von Vorwerk erscheint bereits in der 8. Auflage. Von der Mandatsübernahme über die außergerichtliche Streitbeilegung und das Mahnverfahren bis zur Zwangsvollstreckung findet der Anwalt hier alles, was zeit- und kostensparend zum Ziel führt.

Neben dem Formularbuchcharakter weist sich das Prozessformularbuch vor allem auch als ein umfassendes Handbuch aus. Dem Nutzer werden die materiell-rechtlichen Besonderheiten der wichtigsten zivilrechtlichen Rechtsgebiete näher gebracht und gleichzeitig deren prozessuale Durchsetzbarkeit anhand der Formulare praxisnah aufgezeigt. Die vielen praktischen Arbeitshilfen durch spezielle Hinweise und Praxistipps unterstreichen den Handbuchcharakter und lassen von den reichen Erfahrungen der Spezialisten profitieren.

Der bewährte Aufbau wurde beibehalten: Die ersten beiden Teile des Werkes stellen die Abfolge eines Zivilprozesses dar. Die weiteren Teile behandeln die Rechtsmaterien, mit denen der Anwalt in der Verfahrenspraxis am häufigsten konfrontiert wird. Besonders praxisrelevanten Problembereichen wie z.B. dem familiengerichtlichen und dem arbeitsgerichtlichen Verfahren sind umfangreiche Kapitel gewidmet. Aber auch nur gelegentlich berührte Rechtsgebiete wie z.B. das Schiedsverfahrensrecht oder die Vollstreckung mit Auslandsbezug werden behandelt, so dass die Einarbeitungszeit in die spezielle Materie effektiv gestaltet werden kann.

Kernstück sind aber auch in dieser Auflage wieder die Muster, die sich inzwischen auf ca. 1.400 belaufen und dem Werk auch auf CD beigelegt sind. Die dem neuen Vergütungsrecht angepassten Kostenanmerkungen sind zeitsparend direkt den Mustern zugeordnet.

Mit der Neuauflage haben Herausgeber und Autoren wieder ein Werk vorgelegt, das aufgrund der Aktualität und der Beantwortung aller Fragen, die sich bei der Mandatsbearbeitung stellen, dem Anwalt eine unentbehrliche Hilfestellung geben kann.

Vorwerk: Das Prozessformularbuch, herausgegeben von RA beim BGH Dr. Volkert Vorwerk – 8. Auflage 2005, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2.846 Seiten, Lexikonformat, geb., 118,- €/186,- Sfr, ISBN 3-504-07016-6

Internationales Zivilprozeßrecht

Die zunehmende Globalisierung, gefördert durch den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr, schreitet unaufhaltsam voran und führt zu einer gesteigerten Mobilität der Menschen und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten. Daher sieht sich heute jeder Jurist in zunehmendem Umfang mit grenzüberschreitenden Sachverhalten konfrontiert, die die Kenntnis des internationalen Zivilprozessrechts unumgänglich machen. Der „Geimer“ als Standardwerk für jeden Praktiker und Wissenschaftler fokussiert alle Facetten dieser Rechtsdisziplin, wertet die immer dichter werdende Rechtsprechung vollständig aus und ordnet sie klar.

Eine Neuauflage wurde vor allem nötig, weil sowohl der europäische und deutsche Gesetzgeber sowie die Rechtsprechung sehr aktiv waren. So wurden u.a. folgende gesetzliche Neuerungen eingearbeitet und umfangreich kommentiert:

- Das Anerkennungsrecht wird Schritt für Schritt revolutioniert wie z.B. durch die Einführung eines Europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen, VO (EG) Nr. 805/2004, und die Vorantreibung des Entwurfs einer VO zur Einführung eines einheitlichen europäischen Mahnverfahrens, des einstweiligen Rechtsschutzes und der Zwangsvollstreckung.
- Die Richtlinie 2003/8/EG schafft Mindestvoraussetzungen für die Prozesskostenhilfe bei Streitsachen mit grenzüberschreitendem Bezug.
- Der Regelungsbedarf für den deutschen Gesetzgeber ist durch die vielen Neuerungen so umfangreich geworden, dass er sich zur Einführung des 11. Buches zur ZPO (Justizielle Zusammenarbeit in der EU, §§ 1067 ff ZPO) entschlossen hat. Für Klagen im Insolvenzrecht wurde der neue 11. Teil der Insolvenzordnung (autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht) geschaffen. Zudem veranlassten die Justizverwaltungen des Bundes und der Länder, die Rechtshilfeordnung für Zivilsachen gründlich zu überarbeiten.

Geimer: Internationales Zivilprozeßrecht, von Notar Prof. Dr. Reinhold Geimer – 5. neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2005, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1.522 Seiten, Lexikonformat, geb., 178,- €/281,- Sfr, ISBN 3-504-47067-4

Anwalts-Handbuch Insolvenzrecht

Von 1999 bis 2003 hat sich die Zahl der Insolvenzen auf über 100.000 verdreifacht. Entsprechend wächst auch die Nachfrage nach kompetenter juristischer Beratung.

Deshalb bietet dieses Handbuch beide Perspektiven: die des Beraters auf Schuldner- oder Gläubigerseite ebenso wie die des Insolvenzverwalters. Orientiert am Gang des Mandats haben namhafte Autoren das gesamte Insolvenzrecht aufbereitet und sich dabei nicht auf eine bloße Darstellung der abstrakten Rechtslage auf höchstem Niveau beschränkt.

Das Anwalts-Handbuch Insolvenzrecht bietet mehr, nämlich direkt umsetzbaren Lesernutzen. Deutliche Hinweise helfen, Haftungsrisiken und typische Fehler zu vermeiden. Tipps zu Strategie und Taktik im Insolvenzfall erweitern das Know-how des Lesers. Beispiele, Checklisten, Übersichten und Musterformulierungen verhindern, dass entscheidende Aspekte übersehen werden. Kurz: Dieses Buch bietet dem Insolvenzrechtler alles, was er benötigt, um das Optimum für seine Mandanten zu erreichen.

Es sind die angekündigten Änderungen vor allem der Verbraucherinsolvenz durch den im September 2004 veröffentlichten Referentenentwurf des Gesetzes zur Änderung der Insolvenzordnung, des Kreditwesengesetzes und anderer Gesetze noch eingearbeitet worden.

Runkel: Anwalts-Handbuch Insolvenzrecht, herausgegeben von RA Hans P. Runkel – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2005, 2.016 Seiten, Lexikonformat, geb., 159,- €/251,- SFr, ISBN 3-504-18028-5

Im Insolvenzfall bestens vorbereitet

Effektive Beratung im Insolvenzfall ist schwierig und risikobehaftet. Im Wirtschaftsleben wird jedoch nahezu jeder Rechtsanwalt und Steuerberater in seiner Praxis mit insolvenzrechtlichen Fragen konfrontiert. Den groben Ablauf des Verfahrens zu kennen reicht dann selten aus. Der Berater muss Rechte und Pflichten der Verfahrensbeteiligten ebenso kennen wie arbeits- und steuerrechtliche Konsequenzen.

Das Checkbuch Insolvenz informiert jetzt wieder auf aktuellem Stand über alle wichtigen Fragestellungen zum Thema. Berater wie betroffene Unternehmensvertreter erhalten gezielt

die Informationen, die sie brauchen, und werden anhand der 22 Checklisten Schritt für Schritt durch einen hypothetischen Insolvenzfall geführt. So übersehen Sie keinen Stolperstein.

Das Checkbuch beleuchtet die Rechtsstellung von Schuldner, Gläubiger und Gesellschafter und befasst sich auch mit Strafrecht, Arbeitsrecht und Steuerrecht. Beraterhinweise runden die Checklisten ab.

Häger/Wilts: Checkbuch Insolvenz – 2. neu bearbeitete Auflage 2005, herausgegeben von der Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt, bearbeitet von WP, StB, Dipl.-Kfm. Michael Häger und WP, StB Rainer Wilts – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 107 Seiten, DIN A5, brosch., 32,80 €/56,90 SFr, ISBN 3-504-64323-4

Anwalts-Formularbuch Arbeitsrecht

Die Neuauflage des Anwalts-Formularbuchs Arbeitsrecht enthält alle für die anwaltliche Praxis erforderlichen Formulare und Muster.

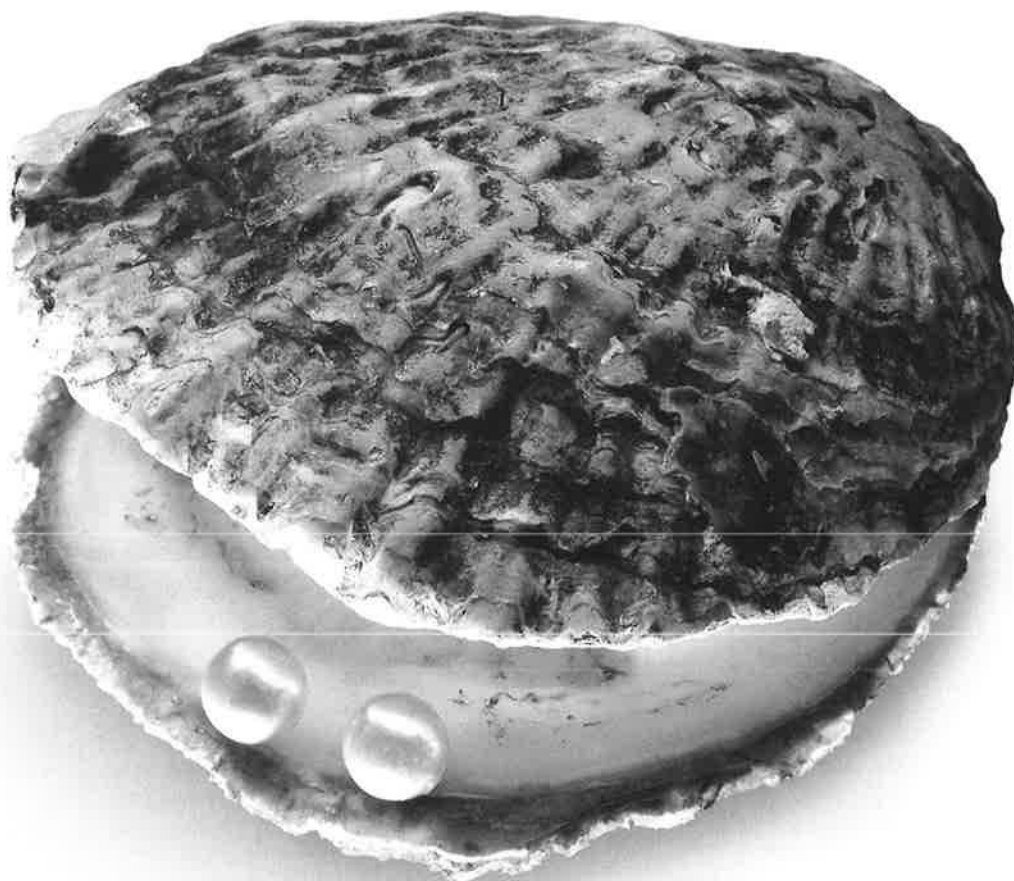
Von den 6 Teilen des Werkes nehmen das Individualarbeitsrecht und das Betriebsverfassungsrecht den größten Raum ein, weiter sind die Bereiche Tarifrecht und Arbeitskampf, Mitbestimmungsrecht, Arbeitsgerichtsverfahren sowie – in dieser Auflage neu – Betriebsübergang behandelt.

Vor den einzelnen Kapiteln sorgen kurze Einführungen für einen schnellen Überblick. Ausführliche Erläuterungen befinden sich bei allen Mustern jeweils an Ort und Stelle; dort werden auch immer wieder Tipps und Warnungen vor Fallstricken gegeben, die Fehler zu vermeiden helfen. Durch diese Erläuterung ist auch die Entwicklung alternativer Lösungen deutlich vereinfacht.

Das Werk befindet sich auf dem Rechtsstand vom 31.3.2004, die gesamte aktuelle Rechtsprechung ist eingearbeitet. Alle Muster und Formulare sind auf der beigelegten CD enthalten.

Bauer/Lingemann/Diller/Haußmann: Anwalts-Formularbuch Arbeitsrecht, von RA Dr. Jobst-Hubertus Bauer, RA Dr. Stefan Lingemann, RA Dr. Martin Diller und RA Dr. Katrin Haußmann – 2. Auflage 2004, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1.069 Seiten, Lexikonformat, geb., 109,- €/169,- SFr, ISBN 3-504-42632-2

Im Vorwerk steckt halt mehr drin.



www.otto-schmidt.de

Formularbuch plus Handbuch in einem. Damit lassen sich die Ansprüche Ihrer Mandanten auch nach neuester Rechtslage einfach besser durchsetzen. Von der Mandatsübernahme über die außergerichtliche Streitbeilegung und das Mahnverfahren bis zur Zwangsvollstreckung. Zu Beginn eines jeden Kapitels macht man Sie mit den Problemen der jeweiligen Rechtsmaterie vertraut. Dann wird genau beschrieben, was Sie tun müssen. Und im unmittelbaren Anschluss finden Sie praktisch für jede Verfahrenssituation die passenden topaktuellen Muster mit ausführlichen Erläuterungen und Anmerkungen zum neuen Vergütungsrecht. Der neue Vorwerk. Einfach gut.

BESTELLSCHEIN ☒ Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht Vorwerk (Hrsg.) **Das Prozess-Formular-Buch** Herausgegeben von RA beim BGH Dr. Volkert Vorwerk. Bearbeitet von 36 erfahrenen Praktikern. 8., überarbeitete Auflage 2005, 2.846 Seiten Lexikonformat, gbd., inkl. CD mit allen Mustern 118,- € [D], ISBN 3-504-07016-1

Name

PLZ

Ort

Straße

Datum

Unterschrift

4/05

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt · Postfach 51 10 26 · 50946 Köln





BEIHEFTER

Die betriebliche Altersversorgung existiert in Deutschland seit mehr als 150 Jahren und hat sich seither immer weiter entwickelt und verändert. Eine weit verbreitete Form der betrieblichen Altersversorgung ist die Pensionszusage. Die Pensionszusage wird dem Mitarbeiter betriebsintern erteilt. Das Unternehmen verpflichtet sich damit, eine Versorgungsleistung zu erbringen, und muss diese Verpflichtungen in der Bilanz in Form von Pensionsrückstellungen ausweisen.

In den letzten Jahren ist verstärkt eine Nachfrage festzustellen, betriebliche Versorgungsverpflichtun-

gen in Form von Pensionszusagen aus den Unternehmen auszulagern. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich, beispielsweise in Fällen der Unternehmensnachfolge wünscht der potenzielle Nachfolger, keine bestehenden Verpflichtungen zu übernehmen.

Der Beihefter dieses Heftes zeigt Ihnen die verschiedenen Möglichkeiten zur Ablösung von unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen auf.

Neu: Die Gesamtausgabe der GI als CD-ROM können Sie ab sofort mit dem beiliegenden Fax bestellen.

GI-HOTLINE

(02 21) 1 44-51 55

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

6-mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck:

Boyens Offset,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide